

Bei uns in NRW

Ausgabe 03/2016
www.cdu.nrw
Einzelpreis 2,50 €

*Das Magazin der
CDU Nordrhein-Westfalen*



S. 6



*Laschet trifft die
pflegende Angehörige
Annette Tombült*

S. 10



*Der Patient
im Mittelpunkt*



ABRECHNUNG IM GESUNDHEITSWESEN

Wir machen das!

Denn wir sind die Experten und geben Ärzten die Sicherheit, die es braucht, wenn es um ihr privatärztliches Honorar geht.

Mit einem Höchstmaß an Kompetenz, Qualität und Durchsetzungskraft.

Ganz nah. Ganz sicher.

Mit 7 Geschäftsstellen vor Ort in NRW.

Tel.: 0800 1025300
info@ihre-pvs.de

www.ihre-pvs.de

 **PVS** holding
GEMEINSAM BESSER.



Liebe Leserinnen und Leser,

vor einem Monat ist unser schönes Bundesland 70 Jahre alt geworden. In den ersten Jahrzehnten war Nordrhein-Westfalen wirtschaftlicher Motor und gesellschaftlicher Impulsgeber der jungen Bundesrepublik. Mit Konrad Adenauer als erstem Vorsitzenden der Landtagsfraktion und späterem Bundeskanzler und mit Karl Arnold als erstem frei gewählten Ministerpräsidenten unseres Landes wurden auch politisch wichtige Weichen gestellt. Und im beginnenden Strukturwandel ermöglichten Ministerpräsident Franz Meyers und Kultusminister Paul Mikat mit der Gründung der Universitäten Dortmund und Bochum, dass Aufstieg durch Bildung auch im Ruhrgebiet gelingen konnte. Deshalb feiern wir voller Stolz unser Landesjubiläum und werden am 30. September in einem Festakt im Landtag mit Bundeskanzlerin Angela Merkel an 70 Jahre CDU-Landtagsfraktion erinnern.

Aber bei aller Feierlaune betrübt es viele Menschen, dass unser starkes Land heute beim Wirtschaftswachstum auf Platz 16 von 16 Bundesländern liegt. Schlusslichtplätze bei der Bildung, bei Kita-Plätzen, bei der Inneren Sicherheit – das passt nicht zu uns. Die Regierung Kraft scheint sich abgefunden zu haben mit der roten Laterne. Deshalb kämpfen wir für den Wechsel am 14. Mai 2017, denn Nordrhein-Westfalen gehört in die Spitzengruppe der deutschen Länder.

Einen ersten wichtigen Schritt haben wir mit unserem schönen und erfolgreichen Landesparteitag in Aachen getan. Mit unserem Leitantrag „Vorwärtsgang für Nordrhein-Westfalen“ haben wir unser Programm abgesteckt und es ist uns gelungen, ein Zeichen zu setzen: Die CDU steht geschlossen da und ist gut gewappnet für den Wahlkampf.

Nach diesem gemeinsamen Erfolg hatten wir uns auf ruhige Sommertage gefreut, aber die Geschehnisse von München, Ansbach und Würzburg haben uns aufschrecken lassen. Die Frage, wie es um die Innere Sicherheit in unserem Land bestellt ist, beschäftigt viele Menschen. Für die CDU Nordrhein-Westfalen ist klar: Wir brauchen eine starke Polizei, die besser ausgestattet ist und mehr Kompetenzen bekommt. Aber nicht nur Sicherheit gehört zu gutem Leben. Unsere Lebensqualität – insbesondere im Alter – hängt auch maßgeblich von der Qualität unseres Gesundheitssystems und der Pflege ab. Bundesminister Hermann Gröhe und die Staatssekretäre Karl-Josef Laumann und Ingrid Fischbach aus unserem Landesverband arbeiten in der Bundesregierung an diesem für die Menschen wichtigen Thema, dem wir uns in diesem Heft besonders widmen.

Noch 32 Wochen sind es bis zur Wahl. Mit allen Kandidatinnen und Kandidaten, den Ehrenamtlern, den Kreisgeschäftsführern und dem Team der Landesgeschäftsstelle bereiten wir uns auf einen sicher spannenden und engagierten Wahlkampf vor. Auch Sie können sich jetzt schon einbringen. Am Ende des Heftes finden Sie die Aufforderung, Teil unserer Jury zu werden. Wir wollen mit Ihnen gemeinsam Ideen abstimmen und weiterentwickeln.

Ich freue mich auf Ihre Mitarbeit. Gemeinsam können wir den Wechsel schaffen!

Herzliche Grüße

Inhalt



Laschet trifft

- 6 Die pflegende Angehörige Annette Tombült

Topthema

- 10 Der Patient im Mittelpunkt
- 12 Wir machen die Pflege zukunftsfit!
- 13 Die Niedrigzinsphase als Herausforderung

CDU in NRW

- 4 2. Tag der Vereinigungen
- 14 NRW geht vor – 38. Landesparteitag in Aachen
- 16 Beschluss „Vorwärtsgang für Nordrhein-Westfalen – Unser Land hat Zukunft“

Denkanstoß

- 18 Das neue Integrationsgesetz – von Cemile Giousouf und Dr. Günter Krings

Im Visier

- 22 Von wegen „Kein Kind zurücklassen“: Symbolpolitik à la Rot-Grün

Rubriken

- 1 Vorwort
- 2 Impressum
- 3 Meldungen
- 20 12 Fragen an Jelena Garić
- 21 12 Fragen an Ansgar Mertens
- 24 Schlusslicht: Löttgens Lupe

Zwischen den Seiten 12 und 13 finden Sie eine neue Ausgabe „Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden Sie Informationen über aktuelle Vorhaben, Initiativen und Anträge der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

Impressum

Herausgeber:
CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
www.cdu.nrw

V.i.S.d.P.:
Generalsekretär Bodo Löttgen

Bild- und Textredaktion, Satz:
Beate Müller-van Ißem

Autoren:
Stephanie Feck, Isabelle Fischer,
Lukas Miebach, Beate Müller-van Ißem,
Ferdinand Schmitz, Stephan Terhorst,
Britta Weiss

Redaktionsanschrift:
CDU Nordrhein-Westfalen
Redaktion „Bei uns in NRW“
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 13600 – 0
Fax: 0211 13600 – 15
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

Layout:
Designbüdchen
Inh. Patrick Dahm
Nelkenweg 12, 42489 Wülfrath
Tel.: 0160 94741537
info@designbuedchen.com
www.designbuedchen.com

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Titelbild: Applaus für den Landesvorsitzenden Armin Laschet und Generalsekretär Bodo Löttgen auf dem 38. Landesparteitag in Aachen. Foto: Ralph Sondermann.

+++ Schon 90 Kandidaten sind in den insgesamt 128 Landtagswahlkreisen aufgestellt* +++



Neue wöchentliche Videoserie mit Armin Laschet

#bewegt – Unterwegs für Nordrhein-Westfalen



Wer nur am Schreibtisch sitzt, der weiß eben nicht aus erster Hand, was im Land passiert. Deshalb ist Armin Laschet überall in Nordrhein-Westfalen unterwegs. In unserer neuen Video-Wochenserie #bewegt zeigen wir einige Stationen unseres Landesvorsitzenden und die Menschen, die er trifft.

Die Videos erscheinen immer freitags und zeigen, ganz unter dem Motto „Unterwegs für NRW – Zuhören, Entschei-

den, Handeln“ was den Landesvorsitzenden und das Land im wahrsten Wortsinn „bewegt“. Bisherige Themen waren die Folgen des Brexit, persönliche Einschätzung und Tipps zur Fußball-Europameisterschaft, ein Besuch im Stahlwerk von ThyssenKrupp in Duisburg oder eine Tour durchs Münsterland. Schauen Sie doch auch mal rein – alle Folgen finden Sie auf unserer Internetseite www.cdu.nrw oder über unseren Facebook-Account www.facebook.com/CDU nrw. ■

Themendossiers auf www.cdu.nrw

Gut informiert mit der CDU Nordrhein-Westfalen

„Nordrhein-Westfalen ist ein starkes, stolzes Land. Wir wollen Platz eins.“ Das betont der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet. Das Problem: Nordrhein-Westfalen wird von Rot-Grün unter Wert regiert und ist in vielen Ländervergleichen Schlusslicht. Deswegen wollen wir den Wechsel zur Landtagswahl 14. Mai 2017 und setzen unter anderem auf die Themen: Wachstum, Bildung und Innere Sicherheit.

Sie haben Fragen zu den wichtigsten Themen, die das Land bewegen? Wir haben die Antworten für Sie zusammengetragen - untermauert mit Zahlen, Fakten und Argumenten.

Egal ob für Sie als Hintergrundwissen, für das Gespräch mit Mitgliedern und Neugierigen oder für die politische Debatte. Auf unserer Internetseite www.cdu.nrw und dem Auftritt der CDU Nordrhein-Westfalen in den Sozialen Medien finden Sie in Kürze aktuelle Informationen zu den Themen Innere Sicherheit, Bildung und Wirtschaft in multimedialer Aufbereitung. Den Anfang macht Ende September das Informationspaket Infrastruktur. Wir belegen, was in NRW schief läuft und stellen Ideen vor, mit denen wir als CDU Nordrhein-Westfalen das Land wieder voranbringen möchten. Denn: NRW geht vor. ■

Medaillengewinnerin und CDU-Mitglied

Herzlichen Glückwunsch, Isabell Werth!



Isabell Werth ist mit insgesamt zehn Medaillen die erfolgreichste Reiterin bei Olympischen Spielen. Auf „Weihegold“ – nomen est omen – holte sie in Rio in der Dressur Silber im Einzel und Gold mit der Mann-

schaft. Wir gratulieren der Rheinbergerin, die seit 2014 Mitglied in der CDU ist, ganz herzlich zu dieser herausragenden sportlichen Leistung!

Mehr als vierzig weitere Athletinnen und Athleten aus Nordrhein-Westfalen holten in Rio Medaillen – sportliche Aushängeschilder für unser Bundesland, das gerade wieder über eine mögliche Bewerbung um die Ausrichtung olympischer Spiele diskutiert. ■

Warum sind Vereinigungen wichtig für die CDU in Nordrhein-

Frauen-Union – FU (35.500 Mitglieder)

Ingrid Fischbach



„Für eine erfolgreiche Landespolitik ist eine aktive Frauen- und Familienpolitik von großer Bedeutung. Nur durch die Berücksichtigung frauenpolitischer Belange in allen Lebensbereichen kann die Zukunft Nordrhein-Westfalens erfolgreich gestaltet werden - denn: ohne Frauen ist kein Staat zu machen!“



Junge Union – JU (30.900 Mitglieder)

Florian Braun



„Kreativ, mutig, überzeugt – das ist die Junge Union. Wir treten lautstark für unsere Ideen ein, damit wir gemeinsam NRW nach vorne bringen. Unsere Mitglieder sind Motor im Wahlkampf der Union und werden 2017 die Speerspitze bei der Wachablösung von Rot-Grün in unserem Land sein!“

Kommunalpolitische Vereinigung – KPV (7.000 Mitglieder)

Thomas Hunsteger-Petermann



„Wir Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker bekommen die Fehlentwicklungen auf Landesebene deutlich und unmittelbar zu spüren: bei den Kommunal финанzen, beim Landesentwicklungsplan oder in der Schulpolitik. Um endlich wieder Perspektiven für ihre Kreise, Städte und Gemeinden zu haben, werden die Mitglieder der KPV/NRW ganz sicher für einen Macht- und Politikwechsel in NRW kämpfen.“

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung – MIT (7.100 Mitglieder)

Hendrik Wüst



„Die Vereinigungen repräsentieren die Vielfalt der CDU Nordrhein-Westfalen. Wir diskutieren unterschiedliche Ansichten, geben Forderungen und Impulse unserer Mitglieder weiter und treten für das gemeinsame Ziel ein – den Wechsel 2017!“

Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung – OMV (1.900 Mitglieder)

Heiko Hendriks



„Letztendlich spiegeln die Vereinigungen die gesamte Bandbreite der Unions-Familie wider und sind somit insbesondere bei der Mobilisierung auch spezifischer Interessensgruppen für einen Wahlsieg der CDU in NRW unerlässlich.“

Westfalen und was können sie zu einem Wahlsieg beitragen?

Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) (5.300 Mitglieder)

Ralf Brauksiepe



„Die Vereinigungen spiegeln die unterschiedlichen Interessen wider, die die CDU zu einer Volkspartei machen, und sind dabei Berater und Impulsgeber. Um Wählerinnen und Wähler aus unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen und über Generationen hinweg ansprechen zu können, bspw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, werden die Vereinigungen eine wichtige Rolle für den Wahlsieg 2017 übernehmen.“

Senioren-Union – SU (24.600 Mitglieder)

Leonhard Kuckart



„Die Vereinigungen garantieren den Charakter der CDU als einzige Volkspartei. Mit Hilfe von angemessenen, seniorenpolitischen Aussagen werden wir uns um eine breite Zustimmung der wahlentscheidenden älteren Bevölkerung bemühen.“



Vormerken

Herzliche Einladung zum

2. Tag der Vereinigungen am 29.10.2016 in Düsseldorf.

Wir bitten Sie heute schon, sich diesen Termin vorzumerken und freizuhalten.

Die Einladung mit allen Informationen folgt in Kürze.

Bei Fragen: 0211 13600-0 oder veranstaltungen@cdu.nrw.

Auf Ihren Besuch freuen sich:



Neben unseren sieben Vereinigungen nehmen in diesem Jahr auch Sonderorganisationen, Netzwerke und parteinahe Gruppen teil.



Laschet trifft...

...Annette Tombült

Annette Tombült (78) pflegt ihren Ehemann Walter (88) seit knapp zehn Jahren zuhause. Walter Tombült ist einer von ca. 550.000 pflegebedürftigen Menschen in Nordrhein-Westfalen. Knapp drei Viertel von ihnen werden von

Angehörigen zuhause gepflegt. Im Gespräch in ihrem Haus in Rheine erfährt Armin Laschet, welche Herausforderungen damit verbunden sind, ein Familienmitglied im eigenen Heim zu pflegen und zu betreuen.

Liebe Frau Tombült, Ihr Mann Walter ist pflegebedürftig. Seit wann pflegen Sie ihn bei sich zu Hause?

Das kann ich gar nicht so genau sagen. Es ist ganz langsam gekommen. Ich habe lange nicht geglaubt, dass er pflegebedürftig werden würde. Begonnen hat es 2007 damit, dass er nicht mehr sprechen konnte. Er ist dann zur Sprachtherapie gegangen, doch das hat letztlich nichts genutzt. Und dann wurde es Schritt für Schritt weniger: Vor zwei Jahren konnte er noch Fahrrad fahren. Heute sind die linke Gesichtshälfte, die rechte Hand und der rechte Fuß gelähmt. Wegen des gelähmten Fußes ist er schon häufig gestürzt. Allein in diesem Jahr war er schon vier Mal im Krankenhaus. Er ist nun voll pflegebedürftig und hat seit einiger Zeit Pflegestufe 3.



War Ihnen immer klar, dass Sie Ihren Mann zu Hause pflegen würden, oder haben Sie auch darüber nachgedacht, ihn in einer Pflegeeinrichtung unterzubringen?

Nein, ich möchte das nicht. Es müsste Gott weiß was passieren, dass ich meinen Mann ins Pflegeheim geben würde – obwohl wir sehr gute Erfahrungen mit der Kurzzeitpflege gemacht haben, er wurde dort wirklich gut versorgt.

In der vergangenen Woche haben Sie Urlaub gemacht und Ihr Mann wurde in einer Kurzzeitpflege betreut, richtig?

Stimmt, ich war auf Kegeltour. Da es wahrscheinlich die letzte Tour meiner Kegeldamen war, wollte ich da gerne mitfahren. Und es wurde ohne weiteres bewilligt, meinen Mann in dieser Zeit in einer Kurzzeitpflege unterzubringen. Es waren erholsame Tage auf Borkum. Und auch wenn es nur eine recht kurze Zeit war, tat es gut, mal etwas Abstand von den Schwierigkeiten des Alltags zu haben.

Erhalten Sie Unterstützung von Familienangehörigen oder einem Pflegedienst bei der Pflege Ihres Mannes?

Morgens und abends wird er von einem Pflegedienst der örtlichen Caritas versorgt. Das sind wirklich sehr gute und gut ausgebildete Pflegekräfte, die trotz der vielen und harten Arbeit mit Freude dabei sind. Problematisch ist nur die sehr

begrenzte Zeit. In Pflegestufe 1 stehen nur 20 Minuten zur Verfügung, in Pflegestufe 3 sind es 40 Minuten. Das ist extrem knapp bemessen und setzt die Pflegekräfte unter Druck. Dennoch, für diese Unterstützung bin ich sehr dankbar, darauf könnten wir nicht verzichten. Ich weiß gar nicht, wie man das früher ohne eine solche Unterstützung gemacht hat.

Da haben Sie vollkommen Recht. Ich kenne das von meinem Schwiegervater, der ebenfalls pflegebedürftig ist. Bei ihm kommt neben den Kindern, die helfen, morgens eine Pflegekraft. Aber trotzdem ändert sich für alle der Lebensalltag, oder?

Ja natürlich, man muss sich selbst zurücknehmen. Aber da es langsam gekommen ist, konnte ich mich daran gewöhnen. Aber klar, heute muss immer jemand hier sein und wir haben einen festen Tagesablauf. Die Pflege ist sehr zeitintensiv. Nur wenn mein Mann Mittagsschlaf macht, kann ich das Haus verlassen, um Besorgungen zu machen. Aber immer nur kurz. Unsere Kinder, meine Schwester und auch Freunde unterstützen mich. Etwa, wenn meine Schwester demnächst Goldene Hochzeit feiert. Da möchte ich natürlich gerne dabei sein und das bekommen wir auch hin. Es ist immer viel Organisation, man muss immer jonglieren.

Sie waren ja viele Jahre ehrenamtlich tätig. Aber das war, bevor Ihr Mann pflegebedürftig wurde?

Im Stadtrat war ich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr, aber engagiert bin ich dennoch geblieben. Heute bin ich noch Vorsitzende vom Stadtparkverein, einem Park hier in der Nachbarschaft, in dem ich gerne spazieren gehe und mich erhole. Der Weg dorthin ist sehr kurz, so dass die Vereinsarbeit möglich ist.

“ **Die Pflege, die ich mache, kann kein Berufstätiger leisten. Das wäre ein Ding der Unmöglichkeit.** “

Nun sind Sie bereits im Ruhestand. Aber auch viele Menschen, die noch mitten im Beruf stehen, pflegen Angehörige. Was hätten Sie gemacht, wenn Ihr Mann früher pflegebedürftig geworden wäre?

Dann wäre es natürlich komplizierter geworden. Die Pflege, die ich mache, kann kein Berufstätiger leisten. Das wäre ein Ding der Unmöglichkeit. Auch das Ehrenamt im Stadtrat hätte ich aufgeben müssen, wäre mein Mann in früheren Jahren pflegebedürftig geworden.

Was glauben Sie, wie man pflegende Angehörige noch besser unterstützen könnte?

Ich glaube, dass es bereits ein sehr gutes und umfangreiches Angebot an Unterstützung gibt. Das Problem ist eher, dass man gar nicht so genau weiß, was alles angeboten wird. Dar-



über müsste besser informiert werden. Und ein echtes Problem ist die Bürokratie.

Das glaube ich gerne. Formulare ohne Ende!

Ja, das ist wirklich schrecklich. Wenn man etwas benötigt, ist es ein schwieriger und langer Weg vom Arzt, zur Krankenkasse, zur Pflegeversicherung, zum Sanitätshaus bis zum Patienten. Ich weiß gar nicht, wie andere das alles machen. Durch meine politische Arbeit kenne ich mich immerhin noch ein wenig aus. Insgesamt finde ich, dass Engagement mehr wertgeschätzt werden sollte. Es gibt so viele – oft Ältere –, die sich um Ältere kümmern, etwa in der Nachbarschaftshilfe. Da müsste man stärker das Augenmerk drauf richten und diese Arbeit müsste von der Politik aufgewertet werden. Aber Karl-Josef Laumann weiß um die Problematik und arbeitet daran.

Lange Jahre waren Sie selbst politisch aktiv. Was hat Sie zur CDU gebracht?

Es war die Koop-Schule! Ich hatte ja damals vier Kinder in der Schule, da war man natürlich voll im Thema. Dadurch bin ich zunächst zur Frauen-Union hier in Rheine gekommen, deren Vorsitzende ich über zehn Jahre war. Wir waren eine starke Truppe. Und so bin ich dann auch zur CDU und in den Stadtrat gekommen. Es war eine schöne Zeit.

An welchen politischen Themen haben Sie damals gearbeitet?

Am meisten Freude hat mir die Arbeit im Wirtschaftsförderungs- und im Stadtentwicklungsausschuss bereitet. Obwohl es da auch viele Schwierigkeiten gab. Rheine liegt ja direkt an der Grenze zu Niedersachsen, und dort brauchte man bei Bauvorhaben immer ein oder zwei Genehmigungen weniger. Deshalb ging es dort schneller und einfacher. Viele Unternehmen haben sich dann in Niedersachsen und nicht bei uns angesiedelt.

Können Sie sich noch daran erinnern, als Norbert Blüm vor 30 Jahren die Pflegeversicherung eingeführt hat?

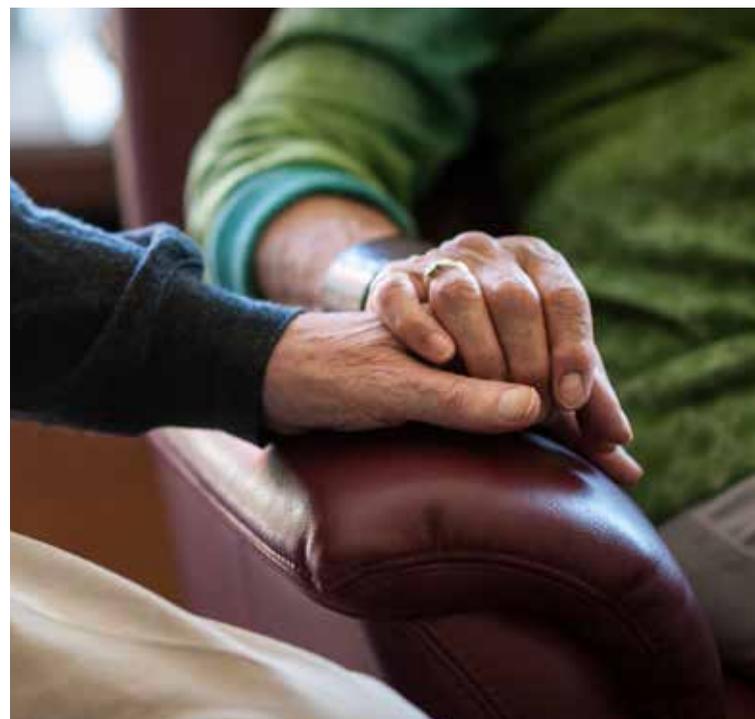
Ja, klar! Damals waren wir skeptisch. Wir fanden die neue Pflegeversicherung übertrieben und dachten, dass durch das Angebot erst der Bedarf etwa nach stationärer Pflege entsteht. Heute bin ich froh, dass es sie gibt.

” **Insgesamt finde ich, dass Engagement mehr wertgeschätzt werden sollte. Diese Arbeit müsste von der Politik aufgewertet werden.** “

Verfolgen Sie weiterhin die aktuelle Politik?

Natürlich. Vor allem die Arbeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Es ist schon enorm, was die Frau leistet. Sie muss Nerven wie Drahtseile haben. Besonders auch wegen der Angriffe der CSU. Ich verstehe nicht, warum der Streit nicht endlich mal beendet wird. Ich würde mich freuen, wenn Frau Merkel ihre Arbeit auch nach 2017 fortführt.

Liebe Frau Tombült, haben Sie vielen Dank für das freundliche Gespräch. ■





Gastbeitrag von Hermann Gröhe MdB, Bundesminister für Gesundheit

Der Patient im Mittelpunkt – Wir brauchen eine erstklassige Mannschaftsleistung im Gesundheitswesen

Wir wollen das erhalten und weiterentwickeln, worauf wir stolz sein können: Umfassende und bestmögliche medizinische Versorgung, unabhängig von Alter, Wohnort und Geldbeutel. Mit einer Vielzahl von Gesetzen machen wir das Gesundheitswesen zukunftsfest und stärken die einzelnen Versorgungsbereiche und deren Vernetzung, um den Bedürfnissen gerade älterer, häufig chronisch und mehrfach erkrankter Patientinnen und Patienten besser gerecht werden zu können.

Die steigende Lebenserwartung schenkt uns viele gute Jahre - diese wollen wir möglichst gesund genießen. Viele chronische Erkrankungen sind aber von unserem eigenen Lebensstil abhängig. Durch die Förderung gesundheitsbewussten Verhaltens mit dem Präventionsgesetz wollen wir deshalb erreichen, dass solche Erkrankungen verhindert oder im Verlauf günstig beeinflusst werden können.

Steigende Zahlen bei chronischen und mehrfachen Erkrankungen erfordern eine bessere Zusammenarbeit der ambulanten und stationären Versorgung. Bestmögliche Mannschaftsleistung zum Vorteil des Patienten ist gefragt. Mit einem Innovationsfonds fördern wir Formen der Zusammenarbeit, die die Versorgung voranbringen, indem sie Brücken etwa zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern schlagen.

Um qualitätsorientierte Arbeitsteilung geht es in der Krankenhausreform. Notwendig ist eine gut erreichbare Grund- und Regelversorgung. Denn bei vielen Behandlungen muss es schnell gehen. Zugleich ist eine gute Vernetzung mit spezialisierten Häusern erforderlich, in denen die Patienten bei komplizierten planbaren Eingriffen am besten aufgehoben sind.

Gute und menschliche Begleitung bis zuletzt – auch bei der Versorgung von schwerstkranken und sterbenden Patienten liegt der Schlüssel in der Vernetzung von ambulanten und stationären Angeboten. Auch damit bauen wir die palliativmedizinische und hospizliche Versorgung weiter aus.

In einem Kraftakt stärken wir die Pflege mit Leistungsverbesserungen von 5 Mrd. Euro - das treibe ich gemeinsam

mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Ingrid Fischbach und Staatssekretär Karl-Josef Laumann voran.



Zur Gesundheitsversorgung der Zukunft gehört, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. So kann die Online-Sprechstunde den persönlichen Arzt-Patienten-Kontakt ergänzen – gerade für ältere Menschen kann das eine Erleichterung sein, wenn sie nicht für jeden Kontrolltermin in die Praxis müssen. Wir machen Tempo, damit solche Anwendungen den Patienten schnell zugutekommen.

Patientinnen und Patienten werden sich weiterhin auf eine hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung verlassen können – dafür sorgen wir. ■

Hermann Gröhe MdB



ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages (Wahlkreis 108 – Neuss I). Von 1989 bis 1994 war er Bundesvorsitzender der Jungen Union. Der Rechtsanwalt war Staatsminister bei der Bundeskanzlerin (2008-2009) und als Generalsekretär der CDU Deutschlands (2009-2013) unter anderem verantwortlich für den erfolgreichen Bundestagswahlkampf 2013. Seit Dezember 2013 ist er Bundesminister für Gesundheit.

Gastbeitrag von Staatssekretär Karl-Josef Laumann,
Patientenbeauftragter und Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung

Wir machen die Pflege zukunftsfest

Die gesetzliche Pflegeversicherung ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Vor rund 20 Jahren ist sie gegen teils massive Widerstände entstanden. Insbesondere der damalige Bundessozialminister und Vorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen Norbert Blüm, den man mit Fug und Recht als Gründervater der Pflegeversicherung bezeichnen kann, hat dabei viel Ausdauer und Weitsicht bewiesen. Dieses Erbe müssen wir bewahren.

Dank der Pflegeversicherung steht die Pflege in Deutschland auf einem soliden Fundament. Es gibt heute eine große Vielfalt an Angeboten und Strukturen, die den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen zur Verfügung stehen. Klar ist dabei: Vor allem aufgrund des demografischen Wandels steht die Pflegeversicherung vor großen Herausforderungen und Veränderungen. Darum hat die Bundesregierung die Pflegereform zu einem ihrer zentralen Reformprojekte in dieser Legislaturperiode gemacht.

Dazu zählt allen voran der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, der ab dem 1. Januar 2017 umgesetzt wird. Mit ihm wird in der Pflege in Deutschland ein völlig neues Denken verankert. Defizitorientierung und Minutenpflege gehören dann der Vergangenheit an. Stattdessen wird vielmehr analysiert, was ein Mensch noch alles selbstständig tun kann – gerade auch im Sinne einer aktivierenden Pflege. Und: Demenzerkrankte werden erstmals überhaupt vollständig von der Systematik der Pflegeversicherung erfasst.

Bereits zum 1. Januar 2015 haben wir zudem den Zugang zu den verschiedenen Leistungen der Pflegeversicherung erheblich vereinfacht und die dafür zur Verfügung stehenden Mittel deutlich erhöht. Kurzzeit- und Verhinderungspflege können flexibler miteinander kombiniert werden. Die für die Tages- und Nachtpflege zur Verfügung stehenden Mittel wurden sogar verdoppelt. Alleine diese beiden Beispiele zeigen, dass es uns ernst ist, pflegebedürftige

Menschen und ihre Angehörigen spürbar zu entlasten. Darüber hinaus stärken wir auch den professionellen Pflegekräften den Rücken. Das ist zwingend notwendig, denn auf absehbare Zeit werden wir durch den demografischen Wandel jedes Jahr rund 20.000 zusätzliche Pflegekräfte benötigen. Das wird jedoch nur gelingen, wenn wir einen attraktiven Pflegeberuf haben. Dazu gehören zum Beispiel faire, tarifvertraglich vereinbarte Löhne, eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Beschränkung der Bürokratie auf das wirklich notwendige Maß sowie eine moderne, den Anforderungen der Zeit entsprechende Berufsausbildung, die den Auszubildenden vielfältige Berufschancen eröffnet. Mit dem Ersten Pflegestärkungsgesetz, mit dem die Bezahlung nach Tarif erleichtert worden ist, der Entbürokratisierung der Pflegedokumentation sowie dem geplanten Pflegeberufsgesetz haben wir hier wegweisende Reformschritte auf den Weg gebracht.

Ich bin mir sicher: Wenn die Union mit diesen und weiteren Maßnahmen ihren Kurs in der Pflegepolitik konsequent fortsetzt, wird es uns gelingen, den Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft eine gute und menschenwürdige Pflege zu ermöglichen. ■

Karl-Josef Laumann



ist seit 2005 Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Der ehemalige Bundestags- und Landtagsabgeordnete war im Kabinett Rüttgers Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Von 2010 bis 2013 führte er die CDU-Landtagsfraktion. Im Dezember 2013 berief Angela Merkel Laumann zum Beauftragten der Bundesregierung für Patienten und Bevollmächtigten für Pflege im Range eines Staatssekretärs.



JUBILÄUM DER LANDESGRÜNDUNG

70 Jahre Nordrhein-Westfalen – 70 Jahre CDU-Fraktion

Der 70. Geburtstag unseres Bundeslandes ist für uns ein Anlass, auf das Wirken unserer Fraktion zurückzublicken. Die Geschichte der CDU-Fraktion ist eng verknüpft mit der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Keine andere politische Kraft hat sich nach dem Krieg und der „Hochzeit“ von Rheinländern und Westfalen 1946 so intensiv darum bemüht, die Landesteile zu einen und dabei dennoch ihre Besonderheiten zu bewahren.

Nordrhein-Westfalen zurück an die Spitze bringen
Mit klugen Köpfen und zukunftsweisenden Ideen stellte die CDU-Fraktion in den letzten 70 Jahren wichtige Weichen für Nordrhein-Westfalen. Diese politische Gestaltungskraft der CDU-Fraktion ist heute wichtiger denn je, da die Regierungsfaktionen von SPD und Grünen Nordrhein-Westfalen seit Jahren auf Verschleiß fahren. Das wirtschaftliche Nullwachstum im Land und die Finanzmisere unserer Städte und Gemeinden sind nur zwei Folgen einer fehlge-

leiteten und ideologischen Politik der aktuellen Landesregierung.

Nordrhein-Westfalen zurück an die Spitze bringen - das ist der Anspruch, dem sich die CDU-Landtagsfraktion in 70 Jahren Regierungs- und Oppositionsverantwortung immer wieder neu gestellt hat. Ob Konrad Adenauer, Wilhelm Lenz, Jürgen Rüttgers, Karl-Josef Laumann oder Armin Laschet: alle CDU-Fraktionsvorsitzenden waren und sind der Idee verpflichtet, die Potentiale von Nordrhein-Westfalen zu heben und dabei das Beste für seine Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Nordrhein-Westfalen kann mehr

Unsere tägliche Arbeit in den Gremien und Ausschüssen im Parlament macht deutlich, wie unverzichtbar die fachlich hochqualifizierte Arbeit der Fraktion ist. Wir sind davon überzeugt: Nordrhein-Westfalen kann mehr. Dafür arbeiten wir - auch die nächsten 70 Jahre.

LANDTAG aktuell:
Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.



RUNDER GEBURTSTAG

Sieben Jahrzehnte im Dienst für Nordrhein-Westfalen

In diesem Jahr feiert das Land zwischen Rhein, Weser und Lippe seinen 70. Geburtstag. Die Erfolgsgeschichte des von der britischen Besatzungsmacht 1946 aus der Taufe gehobenen Landes Nordrhein-Westfalen ist eng verbunden mit dem politischen Handeln christdemokratischer Politiker. Die Männer und Frauen der CDU-Landtagsfraktionen haben in Verantwortung vor dem Votum der Wählerinnen und Wähler in den 70 vergangenen Jahren entscheidend dazu beigetragen, dem vermeintlichen Kunstgebilde „NRW“ eine eigene Identität zu geben. Sichtbarstes symbolisches Zeichen dafür war der von CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zum 60. Landesgeburtstag ins Leben gerufene NRW-Tag. Über eine Million Besucherinnen und Besucher feierten dabei im August 2006 sich und ihre Heimat in der Landeshauptstadt – ein großer Erfolg.

Botschafterinnen und Botschafter der Bürger

Die Abgeordneten der CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag waren stets Botschafterinnen und Botschafter der Interessen, Sorgen und

Nöte der Menschen ihrer Wahlkreise. Wichtigstes Forum für die Wünsche und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger waren und sind bis heute die Fraktions Sitzungen. Auch als Regierungsfraktion nutzten die Abgeordneten der CDU stets konstruktiv ihre politischen Mitwirkungsrechte in den Diskussionen und Entscheidungen über Gesetze und Initiativen der Landesregierungen. Klug und vorausschauend führten die Vorsitzenden die Fraktion in der Erkenntnis, dass sie in Regierungszeiten „eine Gestaltungsmacht hatten, die man in der Breite als Ressortminister nicht gehabt hätte“, wie Helmut Stahl (CDU-Fraktionsvorsitzender 2005-2010) sieben Wochen vor seinem Ausscheiden aus dem Parlament gegenüber dem Bonner General-Anzeiger resümierte.

Konrad Adenauer war von 1946 bis 1949 der erste Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und hat sie zu einer auch bundespolitisch wichtigen Institution geformt, die seitdem weit über die Landesgrenzen hinaus Beachtung findet. Nach Adenauer führten 13 Vorsitzende die CDU-Fraktion in 70 Jahren nordrhein-westfälischer Landesgeschichte. Trotz aller Unterschiede in Herkunft, Alter oder Charakter standen alle bisherigen Vorsitzenden für die Kontinuität der Politik der Christlich-Demokratischen Union in Nordrhein-Westfalen. In der laufenden 16. Legislaturperiode des Landtags führt mit Armin

Konrad Adenauer und die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion stimmen am 5. Mai 1950 der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen zu.



Bild: LAV NRW RWB 01873_0005 / RWB 01873_0006 Foto: Pressebilderdienst C. A. Stachelscheid

Laschet der 14. Vorsitzende die CDU-Fraktion. Laschet folgte Ende 2013 auf den Westfalen Karl-Josef Laumann, der als Staatssekretär und Bevollmächtigter für Pflege in die Bundesregierung nach Berlin wechselte.

Nordrhein-Westfalen entscheidend geprägt

Die Debatten und Entscheidungen, die das Wirken der CDU-Fraktion in den vergangenen 70 Jahren bestimmten, sind ein Spiegelbild der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung an Rhein, Ruhr und Wupper. Ging es unter Konrad Adenauer und dessen Nachfolgern Josef Schrage und Wilhelm Johnen (1950-1959) noch darum, verfassungsrechtliche Grundlagen zu schaffen und eine Verwaltungsstruktur für das Funktionieren des noch jungen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen aufzubauen, hatten gut ein Jahrzehnt später die Hochschul-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik Priorität. Anfang der 1960er Jahre kamen auf Unionsseite erste umweltschutzpolitische Initiativen hinzu. So verabschiedete der nordrhein-westfälische Landtag 1962 mit einem Immissionsschutzgesetz das erste Umweltschutzgesetz in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

In der Opposition stellten und stellen sich die CDU-Fraktion und ihre Vorsitzenden der Rolle als Kontrolleure und Kritiker des politischen Handelns der Regierung und der sie tragenden Fraktionen. Gleichzeitig entwickelten sie alternative Konzepte, brachten sie ins Parlament und in die politische Diskussion ein und zeigten so der Öffentlichkeit ihren politischen Gestaltungswillen für eine bessere Zukunft. Allein in der ersten Legislaturperiode zu Beginn ihrer fast 40-jährigen Oppositionszeit brachte die CDU-Fraktion unter ihrem Vorsitzenden Lenz (1962-1970) 19 eigene Gesetzesvorhaben in den Landtag ein.



Unser Bundesland in die „Champions League“ führen

Mit Kurt Biedenkopf (1980-1983) und Helmut Linssen (1990-1999) an der Spitze standen insbesondere die Wirtschafts- und Finanzpolitik im Fokus der parlamentarischen Arbeit, während Heinrich Köppler (1970-1980) mit einer Politik der „offenen Türe“ und Bernhard Worms (1983-1990) mit der Bildung von politischen Netzwerken die CDU als Opposition prägten. Unter dem Vorsitzenden Jürgen Rüttgers hatte die CDU-Fraktion seit 2000 bereits wesentliche Gesetze und Initiativen vorbereitet, wie zum Beispiel das Hochschulfreiheitsgesetz, die dann in der Regierung ab 2005 zügig umgesetzt wurden.

Heute richtet sich die politische Arbeit der CDU-Landtagsfraktion an dem Ziel aus, dass Nordrhein-Westfalen in die „Champions League“ der Länder aufsteigt und die hinteren Ränge bei Wirtschaftswachstum, Investitionen und Bildungsqualität wieder verlässt. Mit einer Politik, die auf Freiheit und Verantwortung setzt und die Mut und Visionskraft mit Gründlichkeit und Verlässlichkeit verbindet.



Jürgen Rüttgers während einer Plenardebatte – damals noch als CDU-Fraktionschef.

Der Landtag am Rhein ist Arbeitsort der Fraktion.



ZITATE UND ANEKDOTEN

„Wenn schon nichts im Laden ist, will die Landesregierung wenigstens das Schaufenster anständig dekorieren“

In 70 Jahren nordrhein-westfälischer Landespolitik haben die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion und führende Parteivertreter der CDU manch tiefgreifende Rede gehalten und der

Nachwelt dabei mitunter denkwürdige Zitate hinterlassen. Wir haben uns auf die Suche gemacht und sowohl Hintergründiges als auch Humorvolles aus der Vergangenheit zusammengetragen.

Bild: Bouserath/KAS-ACDP

„Ich hielt die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen für eine politisch kluge, sehr weittragende Entscheidung. In der Bildung eines großen westdeutschen Landes innerhalb Deutschlands, wie es jetzt durch den Beschluss der britischen Militärregierung geschaffen wurde, lag meines Erachtens eine zuverlässige Garantie für Frieden in Europa.“

Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945-1953*, Stuttgart 1980.



Bildarchiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, Eva Tüsselemann

Landtagspräsident Dr. Wilhelm Lenz (CDU) an die Adresse von Abgeordneten, die während einer Plenarsitzung miteinander plauderten: „Darf ich bitten, Ihre Teil-Fraktions-sitzung in den Orchestergraben zu verlegen!“

Aus der Zitatesammlung des Landtags „Schwanenspiegeleien“, Düsseldorf 1980.



Bildarchiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, Achim Schüller

„Landespolitik bedeutet für die CDU, die Vielfalt des Landes zum wichtigsten Orientierungspunkt zu machen. Landespolitik verlangt, die kulturellen Eigenarten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen unserer Heimat so anzusprechen, dass sich alle in einer gemeinsamen Politik wiederfinden können. Der populäre Kölner Karnevalist Willi Ostermann hat das gespürt. Er sagte in den 30er Jahren, die Aufgabe richtig verstandener Kulturpolitik sei es, die Seele eines Landes und die Seelen seiner Landschaften zum Klingen zu bringen.“

Bernhard Worms in: *Helmut Breuer: gefragt: Bernhard Worms, Bornheim 1983.*



Bildarchiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, Eva Tüsselemann

Albert Pürsten (CDU, MdL 1958-1980) hielt der Landesregierung in der Haushaltsdebatte vor, sie habe zwar politisch nicht viel vorzuweisen, wolle aber offensichtlich mit mehr Steuermitteln mehr „Propaganda“ machen. „Sie handeln nach der Devise“, sagte Pürsten an den Ministerpräsidenten gewandt, „wenn schon nichts im Laden ist, wollen wir wenigstens das Schaufenster anständig dekorieren.“

Aus der Zitatesammlung des Landtags „Schwanenspiegeleien“, Düsseldorf 1980.



Rudi Nickels aus Recklinghausen (CDU, MdL 1966-1980) zu Ernst Wilczok aus Bottrop (SPD), als dieser ihm eine Zwischenfrage stellen wollte: „Aber natürlich, wir kennen uns ja lange genug!“ Darauf Wilczok: „Ja, wir haben schon vor 35 Jahren zusammen die Messe gegiebt.“ „Aber dann bist Du in die falsche Partei eingetreten“, konterte Nickels unter dem Gelächter des Hauses.

Aus der Zitatesammlung des Landtags „Schwanenspiegeleien“, Düsseldorf 1980.

Bild: Sionifoto/KAS-ADP

„Heute dürfen wir feststellen, dass das Land Nordrhein-Westfalen, wenngleich nicht traditionell und historisch so gefestigt wie manche anderen Länder, von unserem Volk an Rhein, Ruhr und Weser als sein Staatswesen anerkannt und von ihm getragen wird.“

Ministerpräsident Franz Meyers in einer Regierungserklärung im Düsseldorfer Landtag am 25. Juli 1958.



Die Landtagsfraktion

CDU

Ein junger CDU-Abgeordneter zu dem erfahrenen Parlamentarier Dr. Artur Sträter (CDU, MdL 1946-1947 und 1950-1970): „Was der Kollege von der SPD da vorträgt, ist doch schlicht gelogen.“ Beruhigte ihn Dr. Sträter mit den Worten: „So dürfen Sie das nicht ausdrücken, Herr Kollege, das ist unparlamentarisch. Sagen Sie besser: Der Herr Kollege von der SPD geht bei der Darstellung der Sachverhalte mit der Wahrheit nicht vorsichtig genug um.“

Aus der Zitatesammlung des Landtags „Schwanenspiegeleien“, Düsseldorf 1980.

Während einer Debatte über die Hochschulpolitik des Landes versuchte der Wissenschaftsminister Johannes Rau (SPD) den Redner der CDU, Dr. Wilfried Heimes (MdL 1970-1990), mit der Frage „Kennen Sie das Fides-Projekt?“ aus der Fassung zu bringen. Heimes ließ sich nicht irritieren: „Berichten Sie doch selbst, Herr Minister!“ Darauf Fraktionskollege **Prof. Dr. Wolfgang Brüggemann** (MdL 1966-1985) zum Minister: „Kennen Sie denn das Peko-System?“ – „Selbstverständlich!“ antwortete der Minister. Daraufhin erklärte der CDU-Professor unter dem Gelächter seiner Kollegen: „Das gibt es gar nicht, das ist nämlich eine Firma, die Schwimmbäder baut.“

Aus der Zitatesammlung des Landtags „Schwanenspiegeleien“, Düsseldorf 1980.



Bildarchiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, Bernd Schäfer

„Verzagtheit und Angst, die es allenthalben gibt, müssen einem neuen Selbstbewusstsein weichen. Es ist das Selbstbewusstsein derjenigen, die sich etwas zutrauen. An die Stelle von Staatsgläubigkeit und Korporatismus müssen Selbstbestimmung und Selbstverantwortung treten, an die Stelle bürokratischer Fremdbestimmung verantwortete Freiheit.“

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers in seiner ersten Regierungserklärung am 13. Juli 2005





Theo Kruse,
innenpolitischer
Sprecher der Land-
tagsfraktion



Werner Lohn,
Polizeiexperte der
CDU-Fraktion



Gregor Golland,
Innenexperte der
CDU-Fraktion

ISLAMISTISCHER TERRORISMUS

Größtmögliches Maß an Sicherheit gewährleisten

Die jüngsten Terrorattacken in Frankreich, Belgien und Bayern haben vor Augen geführt, dass islamistische Terrororganisationen wie der Islamische Staat dazu in der Lage sind, auch in westeuropäischen Staaten Anschläge durchzuführen. Spätestens im April dieses Jahres ist der islamistische Terrorismus auch in Nordrhein-Westfalen angekommen. Bei einem Sprengstoffanschlag auf das Gebetshaus einer Sikh-Gemeinde in Essen wurden drei Menschen verletzt, einer von ihnen schwer.

Der Anschlag zeigt, dass auch in unserem Bundesland ein gewachsenes Milieu für islamistisches Gedankengut existiert. Die Anzahl der Salafisten hat sich seit 2010 von 500 auf 2.700 mehr als verfünffacht. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung bezeichnete Nordrhein-Westfalen kürzlich gar als „islamistischen Hotspot“.

Technisch Mögliches und rechtlich Zulässiges unternehmen

Absolute Sicherheit vor Terroranschlägen kann es nicht geben. Der Staat muss dennoch alles technisch Mögliche und verfassungsrechtlich Zulässige tun, um für seine Bürgerinnen und Bürger ein größtmögliches Maß an Sicherheit zu gewährleisten. Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich deshalb dafür aus, dass der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz auch besondere nachrichtendienstliche Mittel einset-

zen darf – so wie es schon heute in Bayern der Fall ist.

Auch müssen wir die Attraktivität der nordrhein-westfälischen Anti-Terror-Einheiten für junge Polizistinnen und Polizisten erhöhen. Auf Anfrage der CDU-Fraktion räumte Innenminister Ralf Jäger im Mai ein, dass die von ihm nach den Anschlägen auf „Charlie Hebdo“ Anfang 2015 versprochenen zusätzlichen Anti-Terror-Kräfte voraussichtlich erst in zwei Jahren zur Verfügung stehen werden. Offensichtlich ist es bisher nicht gelungen, eine ausreichende Anzahl qualifizierter Bewerber für diese Aufgabe zu gewinnen. Wir wollen deshalb prüfen, ob durch eine deutliche Erhöhung der Erschwerniszulage für den Dienst in Spezialeinheiten der Landespolizei entsprechende Anreize geschaffen werden können. Dazu muss die Zulage mindestens auf das Niveau entsprechender Einheiten anderer Länder und des Bundes angehoben werden.

Digitales Kompetenzzentrum nötig

Auch die Einrichtung eines digitalen Kompetenzzentrums zur Bekämpfung und Verhinderung terroristischer Aktivitäten und gemeinsame Anti-Terror-Übungen von Bundeswehr und Landespolizei können nach Auffassung der CDU-Fraktion einen Beitrag zu mehr Sicherheit leisten. Wir müssen jetzt alle Hebel in Bewegung setzen, um der neuen terroristischen Herausforderung die Stirn zu bieten.

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS SILVESTERNACHT 2015

Kraft und Jäger verspielen Vertrauen und Glaubwürdigkeit

Bereits seit über einem halben Jahr versucht der Parlamentarische Untersuchungsausschuss IV des Landtags Licht ins Dunkel rund um die Silvesternacht 2015 in Köln zu bringen. Von Februar bis August 2016 wurden in über 34 Ausschusssitzungen mehr als 100 Zeugen befragt und eine Vielzahl an Beweisbeschlüssen verabschiedet. Klar ist schon jetzt: Von ihrem selbstgesteckten Anspruch, die Geschehnisse von Köln „lückenlos“ aufklären zu wollen, sind Ministerpräsidentin Kraft und ihr Innenminister bisher meilenweit entfernt. Im Gegenteil: Mit allen Mitteln versucht die Landesregierung, eigene Versäumnisse und Fehler zu kaschieren und die Aufklärungsarbeit zu behindern.

„Wir müssen alles dafür tun, damit sich das nicht wiederholt. Dazu muss am Anfang eine lückenlose Aufklärung stehen. Das sind wir den Betroffenen, den Opfern schuldig.“ Ministerpräsidentin Hannelore Kraft im Sonder-Plenum am 14. Januar 2016

Bis heute konnte Innenminister Jäger den Verdacht nicht entkräften, schon in der Sondersitzung des Landtags zur Silvesternacht Mitte Januar die Öffentlichkeit bewusst getäuscht zu haben. Trotz Erhalt einer Nachricht an Neujahr, in der von einer Vergewaltigung einer Frau durch eine 40- bis 50-köpfige ausländische Männergruppe berichtet wurde, und trotz der ausgiebigen Berichterstattung Kölner Medien direkt nach Silvester, wollen Jäger und Kraft die Dimension der Ereignisse vor dem 4. Januar nicht erkannt haben. Zahlreiche Zeugen des Untersuchungsausschusses haben diese Darstellung Jägers bereits in Zweifel gezogen.



Auch hat Jäger mit Blick auf den von Kölner Polizeibeamten gemeldeten Versuch seines Ministeriums, die Meldung über die Vergewaltigung am Silvesterabend vertuschen zu lassen, nach Aussage seines eigenen Staatssekretärs bereits die Unwahrheit gesagt. Der Gipfel der Intransparenz: Telefondaten, die hätten klären können, ob ein Mitarbeiter des Innenministeriums tatsächlich das Kölner Polizeipräsidium kontaktiert hat, wurden nicht gesichert und sind mittlerweile gelöscht.

Auch die Ministerpräsidentin blockiert und verschleiert. Sie selbst hatte bereits Anfang Juni angekündigt, ihre persönlichen Verbindungsdaten aus den Tagen nach Neujahr zumindest den Obleuten des Untersuchungsausschusses zugänglich zu machen. Fast drei Monate später wartete der Ausschuss immer noch auf die Bereitstellung der Daten. Mit diesem Vorgehen haben Kraft und Jäger auch den letzten Rest an Vertrauen und Glaubwürdigkeit verspielt.



Peter Biesenbach,
Vorsitzender des
Untersuchungsausschusses
Silvesternacht 2015



Ina Scharrenbach,
Sprecherin der CDU
im Untersuchungsausschuss
Silvesternacht 2015

Das Medieninteresse am Untersuchungsausschuss ist groß.

REAKTION AUF NULLWACHSTUM

CDU-Fraktion beschließt Wirtschaftsagenda



Armin Laschet stellt bei einem Pressetermin im Beisein von IHK-NRW-Präsident Ralf Kersting die Wirtschaftsagenda der CDU-Fraktion vor.

Aus diesem Grund traf sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet Anfang Juni im Landtag zu einem Spitzengespräch mit hochrangigen Vertretern der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Offen tauschten sich Laschet, die Verbandspräsidenten sowie Vertreter führender heimischer Industrieunternehmen über die Erwartungen der Wirtschaft an die Landespolitik aus. Auch präsentierte Laschet den Teilnehmern seinen Entwurf für ein umfassendes wirtschaftspolitisches Positionspapier.

Zutrauen in Menschen und Unternehmen statt Überregulierung

Nach weiteren internen Beratungen beschloss die CDU-Fraktion die Zukunftsagenda am 28. Juni. Unter dem Titel „Investitionsbremsen lösen und Vorwärtsgang einlegen!“ wird ein Leitbild entworfen, das Zutrauen in Menschen und Unternehmen statt

Als einziges Bundesland verzeichnete Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr ein Nullwachstum. Während die Wirtschaftskraft in allen anderen Ländern 2015 anwuchs, stagnierte sie an Rhein, Ruhr und Wupper. Die Folgen dieser Wirtschaftsschwäche sind eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und eine rasant steigende Kinderarmut. Die Landesregierung streitet eine Verantwortung für das Nullwachstum jedoch ab. Dabei sind die Probleme in Nordrhein-Westfalen hausgemacht.

Landespolitik in der Verantwortung

Die CDU-Landtagsfraktion ist im Gegensatz zur Regierung Kraft der Überzeugung, dass die Landespolitik angesichts des Nullwachstums schnell handeln muss und kann. Unser Land braucht neue Investitionsimpulse und bessere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen.

politischer Überregulierung einfordert. Bürokratische und bevormundende Regeln und Gesetze sollen abgebaut werden, die Landesplanung Unternehmen wieder mehr Raum zur Entwicklung geben. Der Ausbau der Verkehrswege und der Breitband-Infrastruktur soll forciert werden. „Mit unserer wirtschaftspolitischen Zukunftsagenda machen wir konkrete Vorschläge, wie der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen gestärkt werden kann“, erklärte Armin Laschet bei der Vorstellung der Agenda vor Pressevertretern. „Nur durch gemeinsame Anstrengungen von Politik und Wirtschaft wird unser Land den Teufelskreis aus schwachem Wachstum, geringen Investitionen, hohen Steuern und daraus folgenden Standortnachteilen durchbrechen können. Wir wollen Nordrhein-Westfalen wieder in die Spitzengruppe der deutschen Länder führen.“

BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN

Landesregierung steht verkehrspolitisch auf der Standspur



*Klaus Vossemer,
verkehrspolitischer
Sprecher der
Fraktion*

Im Jahr 2015 gab es in Nordrhein-Westfalen rund 323.000 km Stau. Seit dem Jahr 2012 haben sich die Staukilometer in Nordrhein-Westfalen verdoppelt. Das zehrt nicht nur an den Nerven der Millionen Berufspendler in unserem Land. Auch die volkswirtschaftlichen Schäden, die durch die marode Infrastruktur entstehen, sind enorm. Eine Umfrage des nordrhein-westfälischen Handwerkskammertages hat ergeben, dass die NRW-Handwerksunternehmen pro Woche 8 Stunden im Stau stehen. Grund sei vor allem der schlechte Zustand der Straßen.

Anhaltende Planungsversäumnisse

Die Länder sind für die Planung der Bundesfernstraßen selbst verantwortlich, der Bund stellt dafür nur die finanziellen Mittel bereit. Seit SPD und Grüne regieren, kann Nordrhein-Westfalen wegen anhaltender Planungsversäumnisse aber nicht mehr genug Bundesgelder für den Autobahnausbau abrufen. 2013 musste Nordrhein-Westfalen wegen fehlender Planungen 48 Millionen Euro an den Bund zurückgeben. Allein 2015 flossen aufgrund der rot-grünen Untätigkeit rund 80 Millionen Euro weniger Bundes-

mittel für den Bundesfernstraßenbau zu uns als noch im Jahr davor.

Mitte Juli dieses Jahres ging der Kabinetts-Entwurf des „Bundesverkehrswegeplans 2030“ in die Ressortabstimmung auf Bundesebene. Die wichtigsten Änderungen für Nordrhein-Westfalen: Der Mittelansatz allein für den Bundesfernstraßenbau steigt noch einmal auf rund 14 Milliarden Euro. Der Ausbau eines 5. und 6. Gleises beim Rhein-Ruhr-Express wird nun im vordringlichen Bedarf geführt.

CDU-Fraktion fordert zügige Umsetzung der Verkehrsprojekte

Die CDU-Landtagsfraktion hat die Landesregierung bereits im April und Juni in Anträgen dazu aufgefordert, in der Verkehrspolitik schnell zu einer gemeinsamen Linie zu finden und die großen Chancen des Bundesverkehrswegeplans für unser Land zu nutzen. Doch anstatt sich im Rahmen der bundespolitischen Beratungen für die Interessen Nordrhein-Westfalens einzusetzen und gleichzeitig einen Masterplan zu erarbeiten, wie die Bundesgelder zügig und vollständig verbaut werden können, steht die Regierung Kraft verkehrspolitisch auf der Standspur. Verkehrsminister Groschek hat bis heute kein Konzept zur Umsetzung erarbeitet – und der grüne Koalitionspartner tut zurzeit alles, um den ganzen Bundesverkehrswegeplan zu stoppen. Rot-Grün muss sich endlich zusammenraufen. Jede Verzögerung bedeutet noch längere Staus und noch größere Nachteile für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.





Klaus Kaiser,
stellvertretender
CDU-Fraktionsvor-
sitzender



Petra Vogt,
schulpolitische
Sprecherin der CDU-
Landtagsfraktion



SCHULPOLITIK

Rot-Grün lässt die Grundschulen im Stich

Anfang Juni ließen die Ergebnisse einer vom Lehrerverband Bildung und Erziehung (VBE) in Auftrag gegebenen Umfrage zur Situation der Grundschulen in Nordrhein-Westfalen aufhorchen. Denn die Umfrage offenbarte gravierende Mängel. So beklagten die Grundschulen, dass sie über weniger Lehrerinnen und Lehrer verfügen, als nach den Stellenschlüsseln eigentlich vorgesehen sind. Es gäbe kaum personelle Reserven, was sehr häufig zu Unterrichtsausfall führe. Zudem seien Leitungsstellen flächendeckend unbesetzt. Unter diesen Rahmenbedingungen seien weder eine individuelle Förderung der Schüler noch die Umsetzung der Inklusion oder die Beschulung von Flüchtlingskindern verantwortungsvoll möglich. Der VBE-Landeschef Udo Beckmann brachte die Stimmung an den Schulen auf den Punkt: „Die Grundschule ist das Stiefkind der Landesregierung.“

Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU-Fraktion
Auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP fand daraufhin am 9. Juni eine Aktuelle Stunde des Landtags zur Situation an den nordrhein-westfälischen Grundschulen statt. In seiner Rede betonte CDU-Fraktionschef Armin Laschet, dass Chancengerechtigkeit und frühe Bildung untrennbar miteinander verbunden seien. Die Grundschulen seien der Ort, an dem über die Zukunftschancen der Kinder entschieden werde. Deswegen dürfe die Landesregierung es nicht einfach hinnehmen, wenn an den Grundschulen Sonderpädagogen für die Inklusion fehlten und der Unterricht regelmäßig ausfalle. Laschet verwies dabei auf den unhaltbaren Zustand, dass Kinder in Nordrhein-Westfalen am Ende ihrer Grundschulzeit im Schnitt insgesamt ein halbes Jahr weniger Unterricht gehabt hätten als in Bayern. Am Ende seiner Rede ermahnte der Chef der CDU-Fraktion die Landesregierung mit deutlichen Worten: „Lassen Sie das mit

den PR-Aktionen und Modellprojekten. Fangen sie an unseren Grundschulen an. Geben sie den Kindern die Chance, einen erfolgreichen Start in den Bildungsweg zu nehmen.“ Ansonsten lasse die Regierung zu viele Kinder zurück, so Laschet.

SPD und Grüne wiesen jede Verantwortung für die Misere an den Grundschulen von sich. Die SPD-Abgeordnete Renate Hendricks zweifelte die Repräsentativität der VBE-Umfrage an und verwies pauschal auf die große Zahl von Flüchtlingskindern, die aufgenommen worden seien. Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) sah sich gar zu der Klarstellung genötigt, dass die Grundschulen in Nordrhein-Westfalen nicht „explizit schlecht behandelt“ würden.

Vorschläge für einen „Masterplan Grundschule“

Drei Wochen nach der Aktuellen Stunde brachte die CDU-Fraktion einen Antrag in den Landtag ein, in dem sie Vorschläge für eine Verbesserung der Situation an den Grundschulen macht. Darin fordert sie von der Landesregierung die unverzügliche Vorlage eines „Masterplans Grundschule“, der mit verschiedenen Maßnahmen die größten Probleme an den Schulen lösen soll. Zu diesen Maßnahmen gehören nach den Vorstellungen der CDU-Fraktion die Erhöhung der Besoldung von Schulleitungsmitgliedern an kleinen Schulsystemen, um den Schulleitermangel zu bekämpfen. Auch sollen nur diejenigen Grundschulen inklusiv unterrichten, die dafür auch die richtigen Rahmenbedingungen aufwei-

sen. Der flächendeckende zusätzliche Einsatz von Schulverwaltungsassistenten soll die Lehrer von Verwaltungstätigkeiten entlasten und ihnen mehr Zeit für ihre Kernaufgabe – das Unterrichten – geben. Der Masterplan Grundschule soll nach dem Willen der CDU auch die Möglichkeit einer landesweiten Vertretungsreserve gegen den Unterrichtsausfall prüfen. Für den offenen Ganztag müssten zudem Qualitätsstandards definiert werden.

Landesregierung versucht Schulerlass zu verheimlichen

Doch anstatt sich den Antrag der CDU-Fraktion zu eigen zu machen und die Missstände an den Grundschulen endlich anzugehen, stieß die Landesregierung Lehrer, Eltern und die Oppositionsfraktionen wenige Tage vor Beginn der Sommerferien vor den Kopf. Wie erst Mitte Juli bekannt wurde, hatte das Ministerium für Schule und Weiterbildung Ende Juni einen Runderlass versandt. Demnach sollen neu zugewanderte Kinder auch ohne ausreichende Deutschkenntnisse direkt am Regelschulbetrieb teilnehmen, wodurch Bildung und Integration der Heranwachsenden gleichermaßen auf der Strecke bleiben könnten. Den Antrag von CDU und FDP, das Thema noch im Plenum vor den Sommerferien zu debattieren, lehnten SPD und Grüne jedoch ab. Die schulpolitische Mitbestimmung wird entgegen wortreicher Erklärungen vernachlässigt. Transparenz und Beteiligung der Betroffenen: Fehlanzeige.



EINE FRAKTION – VIELE FESTE



Pünktlich zum Fraktionsjubiläum erscheint im Droste-Verlag ein Bildband mit dem Titel: „70 Jahre CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen“.

Angela Merkel kommt

70 Jahre Nordrhein-Westfalen – 70 Jahre CDU-Landtagsfraktion. Das wollen wir feiern. Mit einem großen Festakt wird am 30. September der Geburtstag unserer Fraktion im Plenarsaal begangen. Zahlreiche Gäste aus Landes-, Bundes- und Europapolitik werden gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel das 70-jährige Bestehen unserer Fraktion feiern.

Pünktlich zu diesem Termin erscheint im Droste-Verlag ein Bildband mit Porträts aller CDU-

Fraktionsvorsitzenden und CDU-Ministerpräsidenten. Das Buch mit dem Titel „70 Jahre CDU-Landtagsfraktion“ wird beim Festakt das erste Mal der Öffentlichkeit vorgestellt.

Das Team von „LANDTAG aktuell“ wird viele Eindrücke sammeln und in Bild und Ton für unsere Auftritte in den sozialen Medien aufbereiten. Natürlich erwarten Sie in der nächsten Ausgabe viele Bilder und Informationen rund um die Feierlichkeiten.

Ein Nordrhein-Westfale durch und durch

Er ist ein Vordenker, Vorkämpfer und Brückenbauer“, sagte Armin Laschet beim Geburtstagsempfang für den ehemaligen Ministerpräsidenten und langjährigen Landes- und Fraktionsvorsitzenden der CDU in Nordrhein-Westfalen, Dr. Jürgen Rüttgers. Anlässlich seines 65. Geburtstags hatte die CDU-Fraktion Weggefährten und Mitstreiter des gebürtigen Kölners in das Foyer der CDU-Landtagsfraktion eingeladen.

„Jürgen Rüttgers gelang es, die Negativbilanz von 39 Jahren sozialdemokratischer Landespolitik in den Fokus zu rücken und eine Wechselstimmung in Nordrhein-Westfalen herbeizuführen. Die Bürgerinnen und Bürger wollten 2005 einen Neuanfang mit ihm an der Spitze“, resümierte Laschet. „Als Ministerpräsident hat Jürgen Rüttgers diesen Neuanfang vorangetrieben, ohne dabei die über Jahrzehnte gewachsene Identität des Landes aufzugeben.“



Rüttgers habe auf der einen Seite auf Haushaltskonsolidierung, Bürokratieabbau und Eigenverantwortung gesetzt. Auf der anderen aber auch einen Schwerpunkt auf sozialen Ausgleich, Chanceneröffnung und starke Bildungsinstitutionen gelegt. „Innerhalb kürzester Zeit wurde der Unterrichtsausfall halbiert, Schulen und Hochschulen haben mehr Eigenverantwortung bekommen und dadurch eine neue Dynamik entwickelt“, so Laschet.

IMPRESSUM:

Herausgeber: CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf – **Vorsitzender:** Armin Laschet MdL – **Parlamentarischer Geschäftsführer:** Lutz Lienenkämper MdL – **Redaktion:** Dr. Christoph Weckenbrock und Nils Sönksen – **Fotos:** Volker Zierhut, Bernd Schälte, LAV NRW, dpa-picture-alliance, privat – **Kontakt und Website:** www.cdu-nrw-fraktion.de

Gastbeitrag von Ralph Brinkhaus MdB

Die Niedrigzinsphase als Herausforderung: Was können wir tun?

Die Deutschen sind seit jeher große Sparer. Sei es mittels Girokonto, Sparbuch oder Lebensversicherung – die Sparquote deutscher Haushalte ist traditionell hoch. Doch die Zinsen für Tagesgeld gehen gegen Null. Und auch bei anderen Produkten liegt die Rendite mittlerweile wesentlich geringer als noch vor ein paar Jahren. Insofern ist die Frustration vieler Sparer mehr als verständlich. Da ist es nur ein schwacher Trost, dass niedrige Zinsen ein weltweites Phänomen sind: Der Leitzins der amerikanischen Federal Reserve Bank liegt bei 0,25 bis 0,5 Prozent, der Japans schon seit vielen Jahren bei null Prozent.

Dennoch: In dieser Situation zu sagen, „Sparen lohnt nicht mehr“ und man solle das Geld lieber ausgeben, ist unverantwortlich. Sparen ist nach wie vor wichtig. Wer heute alles ausgibt und nichts von seinem Verdienten beiseitelegt, wird im Alter seinen Lebensstandard nicht halten können. Er wird im Übrigen auch nicht von zukünftig wieder steigenden Zinsen profitieren, da er keine Kapitalgrundlage hat, auf der er aufbauen kann.

Aber was kann die Politik gegen niedrige Zinsen tun?

Zunächst zu dem, was die Politik nicht tun sollte: Auch wenn die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank aus deutscher Sicht äußerst kritikwürdig ist, macht es keinen Sinn, der EZB die Zinsentscheidungen wegzunehmen und sie anderen Institutionen wie dem Europäischen Parlament oder dem Rat zu übertragen. Wir Deutschen haben aus gutem Grund darauf gedrungen, dass die EZB von der Politik unabhängig ist, und das sollte auch so bleiben.

Das beste Mittel gegen niedrige Zinsen ist eine florierende Wirtschaft in ganz Europa. Das kann nur durch Strukturereformen in Ländern wie Griechenland, Italien und Frankreich erreicht werden. Daher ist es richtig, dass die unionsgeführte Bundesregierung – und hier ganz besonders unser Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble – immer

wieder darauf drängt, dass der Reformprozess in Südeuropa weitergeht.

In Deutschland selbst ist die Große Koalition mit einer Reihe von Maßnahmen aktiv geworden. So haben wir den Lebensversicherungs- und den Bausparkassenbereich durch umfangreiche Gesetzespakete stabilisiert. Zudem ist noch in diesem Jahr mit Vorschlägen für eine Reform der betrieblichen Altersversorgung zu rechnen.

Niedrige Zinsen sind – trotz der zurzeit geringen Inflationsrate – für viele Menschen ein sehr ernstes Problem, das ist keine Frage – und die Politik muss versuchen, gegenzusteuern. Trotzdem lohnt es sich, auch einmal die positiven Seiten der finanz- und wirtschaftspolitischen Situation zu beleuchten: Trotz oder vielleicht auch wegen des niedrigen Zinsumfeldes brummt die deutsche Wirtschaft. Das bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger sicherere und besser bezahlte Arbeitsplätze. Niedrige Zinsen bedeuten auch weniger Staatsausgaben und das bedeutet letztlich auch weniger Steuern. Insofern ist das Glas – insgesamt betrachtet – nicht halbleer, sondern mehr als halbvoll. ■

Ralph Brinkhaus MdB



ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags (Wahlkreis 131 / Gütersloh I). Der selbstständige Steuerberater ist seit Januar 2014 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Bereich Haushalt, Finanzen und Kommunalpolitik. Seit 2009 ist er Kreisvorsitzender im Kreis Gütersloh, seit Mai 2016 Vorsitzender des Bezirksverbands Ostwestfalen-Lippe. Der 38. Landesparteitag wählte Brinkhaus im Juni 2016 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen.



NRW geht vor!

38. Landesparteitag in Aachen: Laschet mit 93,4 Prozent wiedergewählt – Ralph Brinkhaus neuer stellvertretender Landesvorsitzender – Dr. Stephan Holthoff-Pförtner zum Schatzmeister gewählt – Delegierte bestimmen erstmals Mitgliederbeauftragten

Das neue Video der CDU NRW: www.cdu-nrw.de/nrw-geht-vor-das-video

Licht aus, Film ab: Auf den Leinwänden in der Halle werden drei Autos auf einer Rennstrecke gezeigt, die Motoren heulen auf. Der Sprecher stellt die Leistungsdaten der drei Boliden – Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen – im Rennen um die vorderen Plätze im Ländervergleich vor. Die Startflagge senkt sich, der Startschuss ertönt, die Reifen quietschen. Bayern und Baden-Württemberg fahren los – und Nordrhein-Westfalen? Bleibt stehen. Wie kann das sein? Die Auflösung: Es sitzt niemand am Steuer. Weil es aber Zeit wird, dass Nordrhein-Westfalen nicht immer nur Schlusslicht ist, setzt sich im Video nun Armin Laschet hinter Steuer, startet durch und bringt die PS, die Nordrhein-Westfalen ja eigentlich hat, auf die Straße: „Unser Land muss endlich wieder zurück auf die Erfolgsspur. Denn: Nordrhein-Westfalen geht vor.“ Das hören die Delegierten des 38. Landesparteitags in Aachen den Landesvorsitzenden schon gar nicht mehr sagen, weil sie aufgrund der gelungenen Darstellung der Tatenlosigkeit der rot-grünen Landesregierung schon in rhythmischen Klatschen übergegangen sind. Eine gelungene Einstimmung auf die Rede von Armin Laschet, der sich, 48 Wochen vor der Landtagswahl im Mai 2017, angriffslustig und entschlossen präsentierte.

Nordrhein-Westfalen wird unter Wert re-giert

„Wir wollen weg von den letzten Plätzen. Wir wollen Spitzenreiter und nicht immer Schlusslicht sein. Wir wollen Potenziale nutzen und Chancen ergreifen, um Nordrhein-Westfalen wieder stark zu machen und nach vorne

zu bringen“: In seiner Rede machte Armin Laschet deutlich, dass die CDU Nordrhein-Westfalen das Land wieder nach vorne bringen und stark machen will – getreu dem Motto des Parteitags „NRW geht vor“. Denn tief erschüttert sei das Bild von Nordrhein-Westfalen als einst stolzes Industrieland und Wirtschaftsmotor der Republik durch die Meldung vom Nullwachstum in 2015. Die Landesregierung weise sämtliche Verantwortung von sich und suche die Gründe in Wirtschaftskrisen anderer Länder oder dem Strukturwandel. Ein großer Teil der Probleme sei aber hausgemacht, Laschet nannte als Gründe überbordende Bürokratie und mangelnde Initiative für mehr Wachstum und Beschäftigung. „Rot-Grün hat resigniert, ist ohne Plan und Konzept, um das Land wieder voran zu bringen.“ Die Folgen trage jeder Einzelne, besonders aber Kinder, die in Armut aufwachsen, weil ihre Eltern keine Arbeit finden.

Bis zur Landtagswahl Menschen von der CDU überzeugen

Um Nordrhein-Westfalen wieder zurück an die Spitze zu führen und für mehr Wachstum und Beschäftigung zu sorgen, müssten Prioritäten gesetzt und die Weichen richtig gestellt werden, so Laschet. Die dirigistischen Gesetze und Vorschriften der rot-grünen Landesregierung seien der falsche Ansatz. Nordrhein-Westfalen brauche Freiraum für Eigeninitiative und Innovationen. Politik müsse stärker auf Sanierung und Ausbau der Infrastruktur sowie Verbesserung der Bildung setzen. In den kommenden Monaten gelte es, hart dafür zu arbeiten, die Menschen



Fotos: Sondermann

von den Zielen und dem Plan der CDU für Nordrhein-Westfalen zu überzeugen, um als stärkste politische Partei aus der Landtagswahl 2017 hervorzugehen. Für diese Aufgabe erhielt Armin Laschet Rückendeckung vom Landesparteitag: Mit 93,4 Prozent wurde er mit seinem bisher besten Ergebnis als Landesvorsitzender bestätigt.

Löttgen: Wir sind die Volkspartei für ganz Nordrhein-Westfalen

In seinem Bericht blickte Bodo Löttgen auf seine bisherige Arbeit als Generalsekretär der NRW-CDU zurück: Eine Partei, die stark genug war, sich nach einer historischen Wahlniederlage wieder aufzurichten, Selbstbewusstsein zu tanken, Positionen zu verankern, Konturen zu zeigen, sich geduldig zu vergewissern, wofür sie stehe, könne selbstbewusst behaupten, die Volkspartei für ganz Nordrhein-Westfalen zu sein. Löttgen schloss: „Wir können diese Wahl gewinnen, wenn wir gewinnen wollen! Und wir werden sie gewinnen, weil wir gewinnen wollen!“ Nach seinem Bericht gratulierte Löttgen noch dem Kreisverband Essen und dessen Vorsitzenden Matthias Hauer: Als Anerkennung für einen Mitgliederzuwachs von 3,55 Prozent im Zeitraum 1. Juni 2015 bis 29. Februar 2016 organisiert die Landesgeschäftsstelle ein Grillfest mit Landesvorsitzendem und Generalsekretär. Bei der Wahl zum Landesvorstand wurde Bodo Löttgen schließlich mit einem überzeugenden Ergebnis in seinem Amt bestätigt: Er bleibt mit einer Zustimmung von 91,1 Prozent Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen. ■

Wahlen auf dem Landesparteitag

Der neue Landesvorstand



Neuer stellvertretender Landesvorsitzender ist **Ralph Brinkhaus**, Bezirksvorsitzender aus Ostwestfalen-Lippe. Der Finanzexperte, der seit 2009 für Gütersloh im Deutschen Bundestag sitzt, erhielt 70,5 Prozent der Stimmen.



Dr. Jan Heinisch

wiedergewählt zum stellvertretenden Landesvorsitzenden mit 74,7 Prozent



Karl-Josef Laumann

wiedergewählt zum stellvertretenden Landesvorsitzenden mit 88,2 Prozent



Ina Scharrenbach

wiedergewählt zur stellvertretenden Landesvorsitzenden mit 82,6 Prozent



Elisabeth Winkelmeier-Becker

wiedergewählt zur stellvertretenden Landesvorsitzenden mit 72,9 Prozent



Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, der nach dem Tod von Philipp Mißfelder Aufgaben des Landesschatzmeisters kommissarisch übernommen hatte, wurde mit 97,2 Prozent jetzt offiziell in dieses Amt gewählt.



Ansgar Mertens, Kreisvorsitzender in Soest, ist der erste Mitgliederbeauftragte der CDU Nordrhein-Westfalen. Er wurde mit 97,4 Prozent in das Amt, das im Rahmen der Parteireform „Meine CDU 2017“ eingerichtet wurde, gewählt und soll helfen, die Mitgliederbetreuung zu verbessern. Mehr über Ansgar Mertens erfahren Sie im Fragebogen auf Seite 21 in diesem Heft.



Die wichtigsten Punkte des Parteitagebeschlusses

Vorwärtsgang für Nordrhein-Westfalen – Unser Land hat Zukunft!

Die Delegierten des 38. Landesparteitag haben mit der Verabschiedung des Leitantrags den Vorwärtsgang für Nordrhein-Westfalen eingelegt: Ausgangspunkt des Beschlusses ist die desaströse Lage, in der sich Nordrhein-Westfalen seit 2010 befindet. Zu viele Potenziale unseres Landes bleiben wegen einer planlosen, aber regulierungswütigen rot-grünen Politik ungenutzt. In fast allen Bereichen ist Nordrhein-Westfalen Letzter im Ländervergleich. Wir finden: Nordrhein-Westfalen muss endlich wieder Vorreiter, Vordenker und Vorbild werden!

Innere Sicherheit bedeutet, Vertrauen in unseren Staat haben. Wer die Sicherheit vernachlässigt, setzt die Akzeptanz und Legitimität des Staates aufs Spiel. Daher steht der Schutz der Bürgerinnen und Bürger und unserer Einsatzkräfte für uns an erster Stelle. Übergriffen auf Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Sanitäter sagen wir den Kampf an.

Die Wirtschaft zu stärken und wettbewerbsfähig zu machen hat für die CDU Nordrhein-Westfalen Priorität. Denn nur eine starke Wirtschaft schafft Zukunftschancen und ermöglicht langfristig auch eine Konsolidierung des Landeshaushalts und den Abbau des Schuldenbergs.

Wirtschaft braucht eine intakte und moderne analoge und digitale Infrastruktur. Um diese in Nordrhein-Westfalen wiederherzustellen, setzt die CDU Nordrhein-Westfalen auf den dringend notwendigen flächendeckenden Breitbandausbau, einen zeitgemäßen Landesbetrieb Straßenbau und einen Planungsvorrat an Straßenbauprojekten.

Bildung ist der Schlüssel für ein eigenverantwortliches Leben. Die CDU hat sich zum Ziel gesetzt, Nordrhein-Westfalen zu einem modernen Aufsteigerland zu machen. Wir brauchen ein vielfältiges und differenziertes, aber auch durchlässiges Schulsystem. Dazu gehört für uns die Erfassung des Unterrichtsausfalls, die Einführung von Schulverwaltungsassistenten zur Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer, die Wahlfreiheit zwischen Regel- und Förderschule und eine Stärkung des Wissenschaftsstandortes durch Hochschulfreiheit.

Familienpolitik ist aktive Zukunftssicherung, denn ohne Familien hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Daher setzen wir auf eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Bildung, den Ausbau von Familienzentren und ein sozial gerechtes Familiensplitting.

Voraussetzung für die Umsetzung dieser Punkte ist eine solide finanzielle Basis. Wir werden sämtliche Ausgaben einer kritischen Prüfung unterziehen. Eine effektive Haushaltskonsolidierung setzt zudem eine konsequente Begrenzung der Ausgaben voraus.

Den vollständigen Beschluss „Vorwärtsgang für Nordrhein-Westfalen – Unser Land hat Zukunft“ können Sie auf www.cdu.nrw oder über diesen QR-Code mit Ihrem Smartphone herunterladen:





Zu den 31 weiteren Mitgliedern des Landesvorstands wurden gewählt:

Heinrich Böckelühr
Elke Duhme
Marie-Luise Fasse
Cemile Giousouf
Dr. Josef Gochermann
Matthias Goeken
Dr. Matthias Heider

Rudolf Henke
Josef Hovenjürgen
Thomas Jarzombek
Matthias Kerkhoff
Thomas Kerkhoff
Volkmar Klein
Thomas Kufen

Lutz Lienenkämper
Claudia Middendorf
Christian Möbius
Jens-Peter Nettekoven
Gabriele Nitsch
Dr. Markus Pieper
Romina Plonsker

Charlotte Quik
Kerstin Radomski
Dennis Radtke
Maria-Theresia van Schewick
Hendrik Schmitz
Dr. Bernd Schulte
Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg

Christa Thoben
Sabine Verheyen
Heinrich Zertik

ANZEIGE

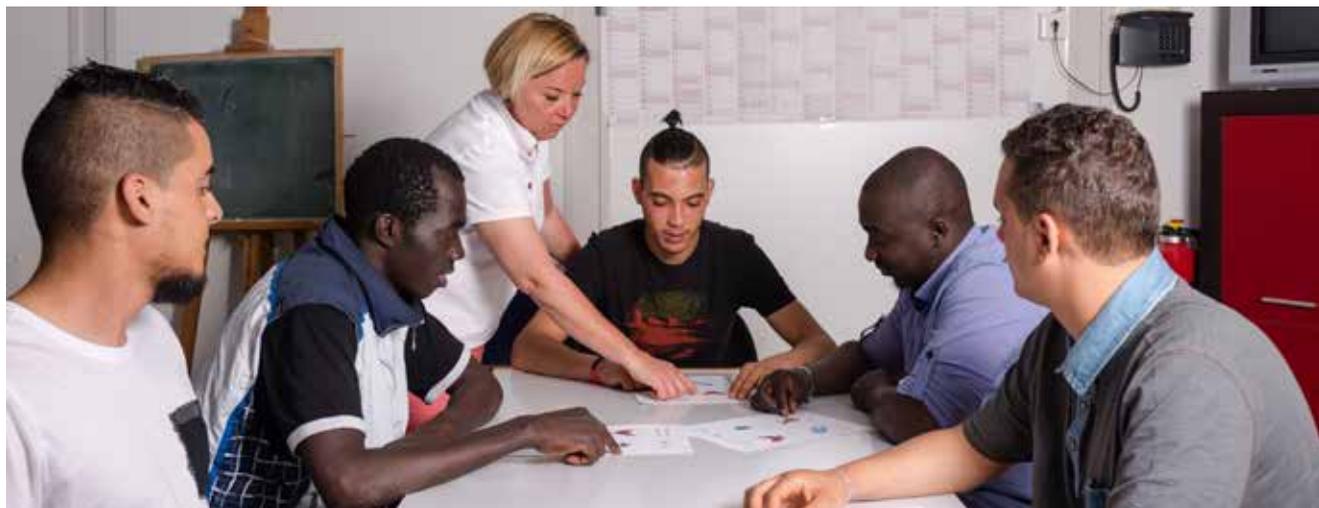


Ornella Muti –
Lambertz Kalender 2016
„La Dolce Vita“

www.lambertz.de

Gastbeitrag von Cemile Giousouf, Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Dr. Günter Krings, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern

Das neue Integrationsgesetz: Was es verändert, was es bringt



Am 7. Juli hat die französische Equipe die deutschen Nationalmannschaft aus der Fußball-EM gekickt. Warum dieser Tag vielleicht dennoch ein Glückstag für uns war, erläutern die beiden Bundestagsabgeordneten Cemile Giousouf und Günter Krings.

Am 7. Juli, dem vorletzten Sitzungstag vor der Sommerpause, hat der Deutsche Bundestag das Integrationsgesetz beschlossen. Viel ist darüber diskutiert worden. Die Bundeskanzlerin hat es als einen Meilenstein bezeichnet. Und tatsächlich: dieses Gesetz verbessert die Integration von Flüchtlingen grundlegend.

Ein Blick zurück: In den letzten zehn Jahren haben wir ein System des Forderns und Förderns für Arbeitsmigranten insbesondere aus Staaten außerhalb der EU aufgebaut. Wer nach Deutschland zuwandert, muss in der Regel einen Integrationskurs absolvieren, der die deutsche Sprache, aber auch Geschichte, Politik und Alltag in Deutschland vermittelt. Der Familiennachzug, die dauerhafte Niederlassungserlaubnis und die Einbürgerung wurden zunehmend von individuellen Integrationsleistungen abhängig gemacht. Keine Zuwanderung ohne Integration mehr, so unser Paradigma.

Dauerhaftes Bleiberecht nur für Integrierte

Für Flüchtlinge hingegen galt durch eine Regelung der rot-grünen Bundesregierung, dass sie nach drei Jahren ohne

weitere Bedingungen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhielten. Mit dem Integrationsgesetz wird das anders: unsere Integrationsanforderung gilt nun auch für Flüchtlinge. Zwar ist Flüchtlingsschutz etwas prinzipiell anderes als gesteuerte Zuwanderung von Arbeitskräften. Die Flüchtlinge haben nicht selten einen lebensgefährlichen Weg hinter sich und brauchen in erster Linie Schutz und die Gewissheit, endlich in Sicherheit zu sein. Erst dann können sie ihr Leben neu aufbauen. Aber auch, wer aus humanitären Gründen in Deutschland bleibt, wird für diese Zeit Teil unserer Gesellschaft. Und daher formulieren wir auch für Flüchtlinge nun, was wir als aufnehmendes und Schutz gebendes Land im Gegenzug von ihnen erwarten. Daher bekommen auch Flüchtlinge den unbefristeten Aufenthalt nun nach fünf statt drei Jahren, und auch nur dann, wenn sie ausreichende Sprachkenntnisse nachweisen und ihren Lebensunterhalt weitgehend selbst bestreiten können. Wer besonders schnell sprachlich und wirtschaftlich auf eigenen Füßen steht, kann allerdings nach wie vor schon nach drei Jahren sein Bleiberecht verstetigen. Das zeigt: wer sich gut und schnell integriert, hat seinen Platz gefunden und soll alle Chancen haben, die unser Land bietet. Daneben bauen wir den Orientierungskurs über Gesellschaft, Geschichte und Politik in Deutschland von 60 auf 100 Unterrichtsstunden aus. Uns ist besonders wichtig, Werte und Demokratie zu vermitteln, aber eben auch verstärkt die Toleranz gegenüber anderen Religionen und den Rechten der Frauen.

Pflicht zur Teilnahme an Integrationsmaßnahmen

Auch Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive, über deren Anträge noch nicht entschieden wurde, dürfen seit dem Asylpaket I vom Herbst 2015 an Integrationskursen teilnehmen. Neu wird mit dem Integrationsgesetz nun, dass sie dazu auch verpflichtet werden können, ebenso wie zur Teilnahme an den sogenannten Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM). Das sind 100 000 Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber in den Kommunen, die das Arbeitsministerium finanzieren wird. Die Flüchtlinge sollen so in ihren Gemeinschaftsunterkünften, aber auch außerhalb in ihrer Gemeinde sinnvolle Arbeit leisten, statt sich zu langweilen. Wer die Mitarbeit in einer FIM ablehnt, muss damit rechnen, dass seine Asylbewerberleistungen gekürzt werden. Dasselbe gilt für die Teilnahme an einem Integrationskurs. Denn Fordern und Fördern heißt: Der Staat sichert das Existenzminimum der Asylbewerber und macht Angebote, zum Beispiel zum Spracherwerb und Kennenlernen des Arbeitsmarktes. Aber er erwartet dann auch, dass die Neuankömmlinge diese Angebote annehmen.

Öffnung der Ausbildungsförderung

Ein besonders wichtiger Teil des Integrationsgesetzes ist der Zugang zur Ausbildungsförderung für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive. Sie können so an Bildungsmaßnahmen teilnehmen, die sie auf eine duale Ausbildung vorbereiten und während einer Ausbildung unterstützen. Gerade junge Menschen, für die alles noch fremd ist, brauchen Hilfe. Wir wollen, dass sie nicht nur eine Lehre beginnen, sondern auch erfolgreich abschließen. Für Geduldete haben wir die 3+2-Lösung umgesetzt. Besonders Handwerksbetriebe und Unternehmen hatten beklagt, dass sie Geduldete nicht einstellen könnten, weil diese jederzeit mit einer Abschiebung rechnen müssen. Nun haben sie Rechtssicherheit: wer als Geduldeter einen Ausbildungsbetrieb gefunden hat, bekommt für die Dauer der Ausbildung (grds. 3 Jahre) Abschiebeschutz. Für weitere zwei Jahre kann er dann zum Arbeiten bleiben, daher heißt es „3+2-Lösung“.

Wohnsitzauflage

Schließlich sorgen wir mit der Wohnsitzauflage dafür, dass sich die Flüchtlinge nicht in einigen wenigen Städten konzentrieren und dort weder die deutsche Sprache gut lernen, noch Jobs finden oder nur wenig Kontakt zu Deutschen haben. Denn genau das sind die Voraussetzungen für Integration. Die konkrete Ausgestaltung der Wohnsitzzuweisung liegt in der Hand der Bundesländer. Wir erwarten von der rot-grünen NRW-Landesregierung, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst wird und das notwendige tut, um eine Ghettobildung in Großstädten an Rhein und Ruhr

zu verhindern. In der Integrationspolitik ist jetzt nicht Reden, sondern Handeln geboten.

Sowohl die Instrumente des Förderns als auch des Forderns gehören in den Werkzeugkasten einer erfolgreichen Integrationspolitik. Durch Sprachkurse, die Öffnung des Arbeitsmarktes, den Zugang zu Bildungsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten fördern wir Integration. Mit der Wohnsitzauflage, Teilnahmepflichten, klaren Bedingungen für die dauerhafte Niederlassung und möglichen Sanktionierungen bei den Sozialleistungen fordern wir Engagement auch aktiv ein. Rechte und Pflichten gehören immer zusammen. Und so brauchen wir auch für die gelingende Integration der Flüchtlinge Offenheit und Unterstützung für die Neuankömmlinge ebenso wie klare Regeln dafür, wie das Zusammenleben in Deutschland funktioniert. ■

Cemile Giousouf MdB



ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages (Wahlkreis 138: Hagen/Ennepe-Ruhr I) und Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion. Sie studierte Politikwissenschaften in Bonn und engagierte sich im Deutsch-Türkischen Forum der CDU Nordrhein-Westfalen. Giousouf ist die erste Abgeordnete muslimischen Glaubens der CDU/CSU Bundestagsfraktion und leitet das Bundesnetzwerk Integration der CDU.

Dr. Günter Krings MdB



ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages (Wahlkreis 109: Mönchengladbach, direkt gewählt). Seit Dezember 2013 ist der frühere stellv. Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern. Der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises der Juristen in der CDU ist Mitglied im Landesvorstand der NRW-CDU und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Mönchengladbach. Seit November 2014 ist der gebürtige Rheydter Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Niederrhein.

12 Fragen an **Jelena Garić**

Jelena Garić wurde am 9. Februar 2000 in Unna geboren. Die Schülerin, die in Dortmund lebt, ist seit Juni 2016 Mitglied der CDU. Zuletzt hat sie ein Praktikum bei der Dortmunder Landtagsabgeordneten Claudia Middendorf gemacht, um einen Einblick in den politischen Alltag zu bekommen. Neben der Politik interessiert sie sich in der Schule vor allem für das Unterrichtsfach Geschichte. In ihrer Freizeit ist sie ehrenamtlich als Lektorin in ihrer Gemeinde tätig. Trotzdem bleibt auch noch Zeit für ihre Hobbys backen und tanzen.

Was mögen Sie an der CDU?

Ich war vor allem von der Herzlichkeit und dem Zusammenhalt innerhalb der CDU begeistert. Außerdem empfinde ich die Junge Union als einen wichtigen Teil der CDU, da diese es mir und anderen jungen Leuten ermöglicht mitzuwirken und Spaß an der Politik zu haben.

Was ist ihr Berufswunsch?

Glückskeksautorin oder Süßigkeitentesterin. 😊

Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Welches Lied singen Sie gerne?

Ich höre mir die Lieder lieber an, die meisten Lieder sind aus den momentanen Charts.

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

Es sollte entweder ein Comedy- oder ein Bollywoodfilm sein.

Was ist Ihre größte Schwäche?

Die größte Schwäche ist meine Ungeduld... Bei mir muss alles auf Anhieb funktionieren, falls nicht, kriege ich schlechte Laune. 😊

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

Ich habe mir neulich „Eine wie Alaska“ gekauft.

Was können Sie besonders gut kochen?

Ich koche gerne, aber ich könnte mich nicht auf Gerichte festlegen. Außerdem mag ich das Backen lieber.

Wie können Sie am Besten entspannen?

Serie, mit der besten Freundin, Schokolade.

Sie sind erst vor kurzem in die CDU eingetreten. Was hat die CDU für Sie ganz persönlich attraktiv gemacht?

Da ich nach politischem Austausch gesucht habe und mein Betriebspraktikum vor der Tür stand, habe ich mich entschieden, bei Frau Middendorf nachzufragen. Für mich stand nur die CDU zur Wahl, denn für mich stehen christliche Werte im Vordergrund. In diesen zwei Wochen habe ich gelernt, wie wichtig Politik und Engagement sind. Ich habe miterlebt, wie sehr sich Frau Middendorf engagiert und durch ihre Bürgersprechstunde Menschen hilft. Ab diesem Zeitpunkt war mir klar, dass ich der CDU beitreten werde.

Haben Sie auch schon Freunde von der CDU begeistern können?

Ich habe schon viel erzählt und zwei Personen aus meinem Freundeskreis sind kurz vor der Anmeldung.

32 Wochen vor der Landtagswahl – eine ganz besonders wichtige Zeit, sich in einer Partei zu engagieren?

Auf jeden Fall! Frau Middendorf muss im Landtag bleiben und die rot-grüne Regierung in NRW soll im besten Fall von der CDU abgelöst werden 😊, denn wir merken immer wieder, dass NRW das Schlusslicht bildet und daran muss etwas getan werden. Zudem müssen wir dafür sorgen, dass mehr JU-ler in Landtage und in den Bundestag kommen.

12 Fragen an Ansgar Mertens

Ansgar Mertens wurde am 29. Juli 1977 in Warstein geboren. Der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Soest und der CDU-Ratsfraktion Lippstadt ist seit 1993 Mitglied der JU und seit 2001 Mitglied der CDU. Nach Abitur und Wehrdienst trat er 1998 in den Polizeidienst ein. Nebenberuflich studierte er Kriminologie und Polizeiwissenschaft und nimmt neben seiner Tätigkeit als Kriminalbeamter einen Lehrauftrag an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Duisburg wahr. Der verheiratete Vater von zwei Töchtern wurde auf dem Landesparteitag in Aachen zum ersten Mitgliederbeauftragten der CDU Nordrhein-Westfalen gewählt. Zusammen mit Peter Tauber und Bodo Löttgen hatte er in der Parteireformkommission „Meine CDU 2017“ mitgearbeitet.



Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

„Erkenne Dich selbst“. Da das Leben meist wie ein Orakel ist, passt dieser Satz, der einst über dem Orakel von Delphi stand, gut. Für mich hat das hohe Aktualität.

Welches Lied singen Sie gerne?

„Nun danket alle Gott“ aus dem katholischen Gotteslob.

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

House of Cards.

Was ist Ihre größte Schwäche?

Meine Leidenschaft für Weingummi aus Bonn...

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

„Deutschland, Erinnerungen einer Nation“ und „Die kleine Raupe Nimmersatt“. Das Kinderbuch lese ich zur Zeit in Endlosschleife unserer 4-jährigen Tochter vor.

Was können Sie besonders gut kochen?

Ich koche sehr gerne. Jetzt im Sommer muss unser neuer Gasgrill nahezu jeden Tag dran glauben: Meine Familie fordert mich dabei schon ziemlich heraus: Es ist also Kreativität jenseits von Bratwurst und Steaks gefragt. Aber es beschwert sich niemand...

Wie können Sie am Besten entspannen?

Mit meiner Familie, beim Joggen, beim Wandern, beim Radfahren. Manchmal auch beim Alleinsein mit einem Glas Weißwein.

Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

Auf Juist.

Der 38. Landesparteitag hat Sie zum neuen Mitgliederbeauftragten gewählt. Wie gehen Sie dieses neue Amt an?

Das Amt ist neu und daher habe ich die einmalige Gelegenheit, meine eigenen Vorstellungen dort einzubringen. Das ist toll. Nachdem ich in

der Landesgeschäftsstelle mit denjenigen gesprochen habe, die schon viel Arbeit und Ideen in dieses Thema investiert haben, lade ich alle Mitgliederbeauftragten auf Kreisebene in die Wasserstraße ein, um gemeinsam zu erörtern, was gut läuft oder was wir anpacken wollen.

Was kann Ihr Amt für die Mitglieder der NRW-CDU bewegen?

Unsere Mitglieder werden in ihren Ortsunionen, den Stadt- und Gemeindeverbänden sowie den Kreisverbänden mit viel Engagement betreut. Dort kennt man sich. Ich möchte gute Ideen aus anderen Verbänden ins Land tragen, damit alle davon profitieren. Das hilft dann auch dem einzelnen Mitglied vor Ort.

Wie kann es gelingen, als Partei auch für neue Mitglieder attraktiv zu sein/werden?

Die CDU wird auch künftig keine Bonuskarten herausgeben, wie viele von uns sie beim Einkaufen vorzeigen und dafür „belohnt“ werden. Wir haben mehr zu bieten: Wo gibt es sonst so hautnah die Möglichkeit - vom direkten Wohnumfeld bis hin zur Bundesebene - unsere Heimat ein Stück besser zu machen? Diese Chance müssen wir stärker betonen und deutlicher kommunizieren.

Wie kann es gelingen, die Parteireform „Meine CDU 2017“ in die ganze Partei zu tragen und wie kann jedes einzelne Mitglied profitieren?

Es ist die Aufgabe aller Verantwortlichen, die CDU als Mitmachpartei weiter zu etablieren. Dann klappt's auch mit den Zielgruppen, die wir ansprechen möchten. Bei uns kann man mitentscheiden und die eigene Meinung einbringen: Dazu wollen wir sowohl bewährte Kommunikationsmethoden nutzen, als auch Neues ausprobieren. Mein eigener Kreisverband Soest nutzt zum Beispiel eine WhatsApp-Liste, über die wir Informationen verbreiten. Die Bundespartei bietet digitale Fachkonferenzen an. Das ist alles genau richtig.

Von wegen „Kein Kind zurücklassen“: Symbolpolitik à la Rot-Grün

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) erzählt gerne, warum sie in die Politik gegangen ist: Sie wolle das Leben der Menschen nicht verändern, sie wolle es verbessern. Der Schlüssel dazu, sagt Frau Kraft, sei Prävention. Präventive Finanzpolitik, präventive Sozialpolitik. Schulden, die das – ohnehin schon hochverschuldete – Land Nordrhein-Westfalen heute mache, argumentiert Kraft, müsse man als Investition in die Zukunft betrachten. Das Land investiere in Bildung und Soziales, dadurch stärke es die heute junge Generation. Diese jungen Leute hingen dann im Erwerbsalter weniger häufig von staatlichen Leistungen ab. „Kein Kind zurücklassen“ heißt die griffige Formel, die die rot-grüne Landesregierung für ihr Politikverständnis gefunden hat.

Sechs Jahre ist die Ministerpräsidentin mit ihrer Regierung nun im Amt. Zeit, Bilanz zu ziehen: Wie geht es den Kindern in Nordrhein-Westfalen? Das Ergebnis der Betrachtung ist nicht rosig.

Unterrichtsausfall

Ein Problem, das die rot-grüne Landesregierung nicht in den Griff bekommt, ist der Unterrichtsausfall. Wie hoch der genau ist, weiß die Landesregierung nicht, will es vielleicht auch nicht so genau wissen. Erhoben wird er jedenfalls nicht. Angeblich wolle man Schulen den Verwaltungsmehraufwand nicht zumuten. Dass es in Zeiten von Internet und Digitalisierung mit der richtigen (existierenden) Software nicht mehr als zwei Klicks wären, ignoriert das Schulministerium. Auch hat die Landesregierung nicht auf den gravierenden Lehrermangel reagiert. Schaut man auf die großen Aufgaben, die auf die Schulen zukommen – Integration der Flüchtlingskinder und Inklusion – ist dieses Versäumnis mehr als nur fahrlässig. Konsequenz für die Schülerinnen und Schüler: Ihnen fehlt Unterricht. Ein Schulkind in Nordrhein-Westfalen bleibt schon in den vier Jahren der Grundschule rund ein halbes Jahr

hinter seinen Altersgenossen in Hessen oder Bayern zurück. Ausgefallener Unterricht wird nicht durch Fachunterricht ersetzt, sondern einfach abgesessen. Kinder werden somit schlechter als anderswo auf die weiterführenden Schulen vorbereitet. Zu Recht nennt der Landesvorsitzende Armin Laschet dieses Verhalten einen „Anschlag auf die Bildungs- und Aufstiegschancen der Kinder in Nordrhein-Westfalen“.

Inklusion

Die ideologiebeladene Umsetzung der Inklusion bleibt ein großes Manko der Bildungspolitik. Mit der Brechstange hat Rot-Grün den Anspruch förderbedürftiger Kinder auf einen Regelschulplatz durchgesetzt, das dafür notwendige Personal aber nicht mitgeliefert. Damit konterkariert das Schulministerium die im Grunde richtige und auch von der CDU unterstützte Idee, Kinder mit und ohne besonderen Förderbedarf gemeinsam zu unterrichten. Opfer dieser Ideologisierung sind die Schwächsten: Ausgerechnet die Kinder, die Zuwendung und individuelle Förderung am meisten benötigen, haben hier das Nachsehen, werden geradezu leichtfertig zurückgelassen.

Kinderarmut

Beim tragischsten Thema Kinderarmut ist Nordrhein-Westfalen trauriger Spitzenreiter: Rund 23 Prozent der Kinder in Nordrhein-Westfalen gelten als arm oder armutsgefährdet. Dass dies ausgerechnet hier, in einem großen Industrieland, geschieht, ist beschämend. Es offenbart aber auch die handwerklichen Fehler der Landesregierung. Zum einen ist sie unfähig, eine ressortübergreifend stringente Politik zu gestalten, zum anderen aber verweigert sie sich der Erkenntnis, dass Wirtschafts- und Sozialpolitik zwei Seiten derselben Medaille sind. Zugestanden: Wirtschafts- und Sozialpolitik sind komplexe Felder. Allerdings scheint man in der Staatskanzlei

die Zusammenhänge zwischen eben diesen beiden Politikfeldern einfach zu ignorieren.

Zwei Gruppen von Kindern sind besonders vom Armutsrisiko betroffen: Kinder arbeitsloser und Kinder alleinerziehender Eltern. Und obwohl Rot-Grün immer wieder beteuert, dass gerade diese ihnen besonders an ihrem politischen Herzen liegen, führt ihre Politik gerade diese Menschen eben nicht aus ihrer prekären Lage. Immer Schlusslicht zu sein ist eben nicht nur ein Platz auf einem Blatt Papier, es betrifft und behindert die Menschen in ihrem täglichen Leben.

U3-Betreuung

Wahlfreiheit ist eines der Grundprinzipien bürgerlicher Politik. Politik soll Rahmenbedingungen schaffen, damit Menschen nach ihren Wünschen und Notwendigkeiten ihr Leben gestalten können. Für die Kindererziehung kommt diesem Prinzip besondere Bedeutung zu. Während viele Eltern entscheiden können, wie sie ihre Kinder betreuen oder betreuen lassen, sind gerade alleinerziehende Elternteile (also allzu oft die Mütter) darauf angewiesen, dass genügend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.

Genau die fehlen aber. Nirgendwo in Deutschland sind Kinderbetreuungsplätze, gerade im U3-Bereich, so rar gesät wie in Nordrhein-Westfalen. Die Folge: Junge Eltern werden gezwungen, aus dem Erwerbsleben auszusteigen und sich um ihre Kinder zu kümmern. Das hat zur Folge, dass Eltern auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Wird die Zeit der Arbeitslosigkeit zu lang, sinken die Möglichkeiten zum Wiedereinstieg. Eltern werden somit in eine Abwärtsspirale gedrängt, die das Gegenteil präventiver Politik ist. Wer Kinder und Familien schützen und stärken möchte, muss genau dort ansetzen. Rot-Grün schafft das nicht.



Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft

Ein Thema, das sich durch die gesamte Legislaturperiode zieht, ist der fehlende finanzielle Spielraum der Landesregierung. Laut Ministerpräsidentin Kraft sind daran alle anderen Schuld: Der Bund, der zu wenig Geld gibt, die weltwirtschaftliche Gesamtsituation, gerne auch mal die CDU-Opposition (sic!) im nordrhein-westfälischen Landtag, weil die ihren Einfluss bei der Bundeskanzlerin angeblich zu wenig geltend mache. Ausreden! Längst nämlich hat Frau Kraft den Gestaltungsanspruch gerade in der Wirtschaftspolitik aufgegeben. Ihre Minister Garrelt Duin (Wirtschaft, SPD) und Johannes Remmel (Umwelt, Grüne) streiten öffentlich wie die Kesselflicker – meistens gewinnt Herr Remmel. Und das ist symptomatisch für das rot-grüne Politikverständnis: Ideologie siegt. Beim Wettstreit zwischen Ökonomie und Ökologie behält letztere regelmäßig die Oberhand. Mit einem restriktiven Landesentwicklungsplan und einem überambitionierten Klimaschutzgesetz werden wirtschaftliche und industrielle Initiativen im Keim erstickt. Prominentes Beispiel ist der Newpark im Em-scher-Lippe-Kreis, der von den kommunalen Institutionen gefordert, von Herrn Remmel aber trickreich verhindert wurde.

Mit viel zu wenig Geld für den Breitbandausbau und einer fehlenden Digitalisierungsstrategie wird billigend in Kauf genommen, dass der Industriestandort NRW in seiner Entwicklung weiter zurückfällt. Niemand in der Landesregierung scheint zu erkennen, welche Bedeutung wirtschaftliche Entwicklung für Arbeitsplätze hat. Gute Wirtschaftspolitik ist gute Sozialpolitik. Wer präventive Politik betreiben will, muss deswegen eine Politik der Ermöglichung schaffen. Da helfen keine Schulden. Was wir brauchen ist eine aktive Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schafft und die Menschen in den Fokus nimmt.

Rot-Grün setzt auf Umverteilung, legt aber keinen Wert darauf, das Umzuverteilende zu erwirtschaften. Gerade Kinder leiden darunter. Wer Kinder stärken möchte, der muss ihre Eltern stärken. Und dazu muss man den Rahmen schaffen, dass diese ihr Potential abrufen können.

Frau Kraft würde nun darauf verweisen, dass „Kein Kind zurück lassen“ ein Modellprojekt ist, dessen Wirkung sich erst in vielen Jahren zeigen werde. Das mag sein. Trotzdem muss sie sich die Frage gefallen lassen, warum sie die vielen Baustellen, die das Leben von Familien und damit Kindern verbessern könnten, nicht angeht. Beantworten kann sie das nicht. Und das entlarvt auch, was ihr Lieblingsprojekt eigentlich ist: Reine Symbolpolitik.

von **Isabelle Fischer**

Bei uns in NRW 03/16



Foto im Hintergrund: Andrea Damm/pixelio.de, Foto in Lupe: Chaperon, Lupe: Shutterstock

Löttgens Lupe

An|spruch, der, Substantiv, maskulin: etwas für sich in Anspruch nehmen.

Am 26. August fiel der Startschuss für die 54. Spielzeit der Bundesliga. Fünf der achtzehn Erstligavereine kommen aus NRW. In der ewigen Tabelle der Bundesliga findet man unter den 55 aufgeführten Vereinen sogar achtzehn nordrhein-westfälische Klubs. Zwölfmal durften sich die fußballbegeisterten Menschen unseres Landes über den Gewinn der Meisterschale freuen. Das zeigt: Unsere Vereine haben stets den **▷ Anspruch**, an der Spitze zu stehen.

Ebenfalls am 26. August begann in Düsseldorf das dreitägige Bürgerfest zum 70. Geburtstag unseres Landes. Mit Blick auf die Geschichte Nordrhein-Westfalens sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Festakt von einem „starken Stück Deutschland“. Und sie hat Recht: die Menschen hier haben allen Grund, stolz auf das Erreichte zu sein. Was aber hat der Geburtstag unseres Landes nun mit dem Bundesligastart zu tun? Auf den ersten Blick wenig. Doch auch Nordrhein-Westfalen befindet sich im Wettbewerb mit 15 weiteren Bundesländern. Aber hat die politische Führung, ebenso wie unsere Bundesligavereine, den **▷ Anspruch**, auf Platz eins der Bundesländertabelle zu stehen? Die Antwort ist ebenso ernüchternd, wie alarmierend. Leider: Nein! Seit SPD und Grüne dieses Land wieder regieren, seit 2010, werden wir in den Vergleichstabellen nach hinten durchgereicht. Als besorgniserregender, aber leider wohl nur vorläufiger Schlusspunkt dieses Abwärtstrends fand sich NRW auf dem letzten Platz im Bundesländervergleich beim Wirtschaftswachstum wieder.

In der Geschichte der Bundesrepublik war Nordrhein-Westfalen stets das wirtschaftliche und industrielle Zentrum. Zwischen Rhein und Ruhr lag der Motor des Wirtschaftswunders. Hier wurden die Grundlagen unseres Wohlstands geschaffen. Heute müssen wir feststellen, dass denen, die etwas unternehmen wollen, sogar noch zusätzliche bürokratische Hemmnisse in den Weg gelegt werden. Wer, wie die rot-grüne Landesregierung, den Weg an die Spitze mit wirtschafts- und kommunalfeindlichen Gesetzen sowie einem geradezu manischen Kontroll- und Zentralisierungswahn blockiert, der hat den **▷ Anspruch** aufgegeben, unser Land wieder auf den ersten Platz zu führen.

Übrigens: in einer vergleichbaren Situation hätten die Fans des betroffenen Vereins längst lautstark und zu Recht einen Trainerwechsel gefordert. Lassen Sie uns daher gemeinsam dafür arbeiten, dass die rot-grüne Regierungsmannschaft im Mai 2017 endlich ausgewechselt wird! ■

Sicherheit und Vertrauen für Ihre finanzielle Zukunft



Seit vier Jahrzehnten beraten wir persönlich, passgenau und langfristig. Auf unsere ganzheitliche Finanzberatung vertrauen schon heute mehr als sechs Millionen Menschen in Deutschland.

Mit einer unserer rund 3.400 Direktionen und Geschäftsstellen sind wir auch in Ihrer Nähe. Bauen auch Sie auf Deutschlands größte eigenständige Vermögensberatung.



**Deutsche
Vermögensberatung**
Vermögensaufbau für jeden!

Informieren Sie sich bei unserer kostenlosen Kundenhotline unter:
0800 3824000 oder finden Sie Ihren persönlichen Vermögensberater
unter: www.dvag.de



Jetzt Vordenker für NRW werden.

Bei den Landtagswahlen am 14. Mai 2017 entscheidet sich, ob es mit unserem Land endlich wieder vorwärts geht. Wir, die CDU Nordrhein-Westfalen, arbeiten dafür, dass es nächstes Jahr wieder heißt: ***NRW geht vor.***

Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung. Entscheiden Sie mit: Werden Sie Vordenker!

Wir wollen Ihre Meinung in unsere Entscheidungen einfließen lassen. Möchten Sie in regelmäßigen Abständen – quasi als Jurymitglied – unsere Wahlplakate, Wahlwerbespots und Wahlkampfthemen auf Herz und Nieren testen und bewerten?

Dann werden Sie Vordenker!

Wenn Sie interessiert sind, senden Sie die rechts unten beigefügte Antwortkarte an uns zurück. Am einfachsten ist es allerdings, sich bei CDUPlus zu registrieren. Unter cduplus.cdu.de (Anmeldung mit Mitgliedsnummer) finden Sie im Reiter „Landesverband CDU Nordrhein-Westfalen“ weitere Informationen. So können Sie über Ihre Mitgliedsnummer ganz einfach Vordenker werden. Sollten Sie zur Registrierung Hilfe benötigen, können Sie sich gerne an die Landesgeschäftsstelle wenden.

Zusammen wollen wir im Mai 2017 den Politikwechsel möglich machen, denn:
NRW geht vor!

P.S.: Nur eine korrekte Erreichbarkeit sichert eine funktionierende Kommunikation. Auch dazu benötigen wir Ihre Hilfe! Bitte hinterlegen Sie Ihre aktuelle E-Mail-Adresse, damit wir Sie erreichen können. Wenden Sie sich für eine Überprüfung/Korrektur gerne an Ihre örtliche Kreisgeschäftsstelle oder an die Landesgeschäftsstelle (per E-Mail: l.kauffels@cdu.nrw oder telefonisch an 0211 136 00 36).



CDU

www.cdu.nrw

Vorwärts

für die Sicherheit in NRW.



*Dafür mach
ich mehr als nur
ein Kreuz.*

Vorwärts

für die Wirtschaft in NRW.



*Dafür mach
ich mehr als nur
ein Kreuz.*

Jetzt

Vordenker

für NRW werden.

Jurymitglied werden!



**Ich mach mehr für NRW
als nur ein Kreuz**

Ich beantrage die Aufnahme in die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und erkläre, dass ich keiner anderen Partei oder anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppierung oder deren parlamentarischen Vertretung angehöre.

<input type="text"/>		<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name		Vorname	Staatsangehörigkeit
<input type="text"/>		<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnummer		Postleitzahl	Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Geburtsdatum	Telefonnummer	E-Mail-Adresse	

Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Daten (§3 Abs. 9 BDSG z.B. politische Meinungen) einverstanden. Meine Daten werden nur für die Zwecke der Partei erhoben, gespeichert und genutzt. Die E-Mail-Adresse kann für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand von Einladungen auf dem elektronischen Wege steht in diesem Fall dem Postwege gleich.

Ja, ich bin damit einverstanden, dass meine Daten von der CDU Deutschlands, den Gliederungen und Sonderorganisationen der CDU sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial – auch per E-Mail – genutzt werden. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ich zahle einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von: €
(zur Orientierung: von 10.- Euro erhalten der Bundes- und Landesverband 2.- Euro. Im Kreisverband verbleiben 8.- Euro. Über die weiteren Zahlungsmodalitäten wird Sie der zuständige Kreisverband informieren.)

Ort, Unterschrift, Datum

**Im frankierten Kuvert an: CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
Oder füllen Sie Ihren Mitgliedsantrag einfach online aus unter cdu.nrw/mitgliedwerden.**



**Ich mach mehr für NRW
als nur ein Kreuz**

Ich beantrage die Aufnahme in die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und erkläre, dass ich keiner anderen Partei oder anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppierung oder deren parlamentarischen Vertretung angehöre.

<input type="text"/>		<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name		Vorname	Staatsangehörigkeit
<input type="text"/>		<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnummer		Postleitzahl	Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Geburtsdatum	Telefonnummer	E-Mail-Adresse	

Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Daten (§3 Abs. 9 BDSG z.B. politische Meinungen) einverstanden. Meine Daten werden nur für die Zwecke der Partei erhoben, gespeichert und genutzt. Die E-Mail-Adresse kann für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand von Einladungen auf dem elektronischen Wege steht in diesem Fall dem Postwege gleich.

Ja, ich bin damit einverstanden, dass meine Daten von der CDU Deutschlands, den Gliederungen und Sonderorganisationen der CDU sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial – auch per E-Mail – genutzt werden. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ich zahle einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von: €
(zur Orientierung: von 10.- Euro erhalten der Bundes- und Landesverband 2.- Euro. Im Kreisverband verbleiben 8.- Euro. Über die weiteren Zahlungsmodalitäten wird Sie der zuständige Kreisverband informieren.)

Ort, Unterschrift, Datum

**Im frankierten Kuvert an: CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
Oder füllen Sie Ihren Mitgliedsantrag einfach online aus unter cdu.nrw/mitgliedwerden.**



Ich bin CDU-Mitglied und will Vordenker werden!

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name	Vorname
<input type="text"/>	
E-Mail-Adresse	

Was ist Ihrer Meinung nach das wichtigste landespolitische Thema?

**Im frankierten Kuvert an: CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
Oder registrieren Sie sich einfach online unter cduplus.cdu.de im Reiter Landesverband.**

